

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

170 (20.5.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 78. öffentliche
Sitzung

Karlsruher Zeitung.

N. 170.

Sonntag, 20. Mai

1906.

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

78. öffentliche Sitzung
am Samstag den 19. Mai 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907 — Ausgabe Titel VIII (Gewerbeaufsicht), Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V (Landesstatistik), Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI (Gewerbe). — Druckfache Nr. 11a. — Berichterstatter: Abg. Neuhaus, und damit in Verbindung
Bericht der Schulkommission über
a. die Petition des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, die Errichtung gewerblicher Fortbildungsschulen betr., und die Petition der Handwerkskammern in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Mannheim, die Ausgestaltung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts betr. — Druckfache Nr. 59 —
b. die Bitte des Verbandes Badischer Gewerbeschulmänner, die dienstlichen Verhältnisse der Gewerbelehrer betr. — Druckfache Nr. 60. — Berichterstatter: Abg. Dr. Heimbürger (Fortsetzung).

Am Regierungstische: Minister des Innern Dr. Schenkel, Geh. Oberregierungsrat Weingärtner, Ministerialrat Frhr. v. Red, Geh. Regierungsrat Dr. Cron, Regierungsrat Maier, Amtmann Dr. Paul.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

1. Nachtrag zu der Petition des Gemeinderats Schonach, die Erbauung einer elektrischen Bahn von Triberg über Schonach nach Furtwangen und Gewährung eines Staatszuschusses betr., übergeben vom Abg. Meyer-Lahr;
2. Petition der Vertreter von Gemeinden des Amtsbezirks Wiesloch, den Gesetzentwurf über Aenderung des Elementarunterrichtsgesetzes betr.;
3. Petition des Grund- und Hausbesitzervereins Mannheim, den Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes betr.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden Ziffer 1 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, Ziffer 2

der Schulkommission, Ziffer 3 der Steuerkommission überwiesen.

Der Präsident gibt sodann ein Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts bekannt, daß diese

- a. den Gesetzentwurf, die Vereinigung der Gemeinde Kleingemünd mit der Stadtgemeinde Neckargemünd,
- b. den Gesetzentwurf, die Dienstaufsicht über die Kaufmannsgerichte betr.

gleich der Zweiten Kammer angenommen und von dem Budget Großh. Ministeriums des Innern (Hauptabt. IV) für die Jahre 1906 und 1907 die Ausgaben unter Titel XVI einschließlich der im außerordentlichen Etat unter § 2 nachtragsweise angeforderten 12 000 M. zur Beschickung der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin, sowie die Einnahmen unter Titel VII (Landwirtschaft) ebenfalls beraten und gleich der Zweiten Kammer genehmigt habe.

Urlaubsgefuche der Abgg. Leiser und Schmidt-Karlsruhe werden genehmigt.

Zur Tagesordnung erhält zunächst das Wort:

Abg. Kräuter (Soz.): Der Herr Kollege Kösch hat am Donnerstag bei Beginn seiner Rede mit Recht darauf hingewiesen, daß wir vor einiger Zeit 10 Tage Landwirtschaftsdebatte mit angehört haben und hat den Wunsch ausgesprochen, daß Sie uns nun in dieser Debatte, wo es sich um den Schutz und die Interessen der Arbeiter handelt, es nicht verargen möchten, wenn wir Ihre Zeit und Geduld ebenfalls etwas in Anspruch nehmen müssen.

In diesem Sinne gestatte ich mir, zu diesem Kapitel einiges nachzuholen, und ich habe den besten Vorsatz und den besten Willen, so objektiv zu sein, als es mir möglich ist, einerseits, weil die Debatte bis jetzt schon objektiv verlaufen ist, noch mehr aber deshalb, weil der Herr Minister am Donnerstag verjöhnend gesprochen hat. Er hatte da einen sehr guten Tag im Gegensatz zu manchen früheren (Seiterkeit). Wenn aber ab und zu einmal ein scharfes Wort fallen wird, oder ein Wort, welches Ihnen zu scharf klingt, dann mögen Sie berücksichtigen, daß ich von Beruf Scharfmacher bin (Seiterkeit). Der Herr Kollege Wittum hat zwar in seiner Rede am Donnerstag gesagt, daß die Hauptsache nicht das Reden, sondern das

Handeln sei. Ehe man aber handeln kann, muß geredet werden. Man konnte in seinen Worten fast einen verstellten Vorwurf erblicken, als ob wir dem Herrn Kollegen Witrum jetzt schon wieder zu viel reden würden. Also zuerst reden wir und dann möge die Groß. Regierung handeln, in diesem Sinne möchte ich es aufgefaßt wissen.

Der Herr Minister hat in seiner Rede u. a. gesagt, er sei der Ansicht, daß, wenn auch durch die Fabrikinspektion nicht so viele Betriebe revidiert wurden, dafür um so gründlicher revidiert werde. Mit letzterem bin ich vollständig einverstanden. Allein, wenn die Zahl der Revisionen eine unverhältnismäßig geringe ist, darin fühlt sich doch mancher Fabrikant, der es mit der Erfüllung der gewerblichen Vorschriften nicht so ehrlich meint, viel zu sicher, und dann laufen wir Gefahr, daß die Vorschriften, besonders die Unfallverhütungsvorschriften, vielfach umgangen werden. Einen schlagenden Beweis hierfür finden wir im Fabrikinspektionsbericht. In einer Tonwarenfabrik in Freiburg sah ein gerade arbeitsfähiger Beamter der Fabrikinspektion, wie das Räderwerk einer in Bewegung befindlichen Tonquetzmachine auf einer Seite offen war; er machte den Geschäftsinhaber darauf aufmerksam und sagte ihm, daß das nicht stattfinden dürfe. Der Geschäftsinhaber sagte gemühtlich: „Ach, die Geschichte ist schon jahrelang so, es ist noch nie etwas passiert.“ Der Arbeiter bestätigte das. Der Beamte sagte hierauf dem Arbeitgeber energisch, daß der Mißstand unter allen Umständen sofort beseitigt werden müsse, und währenddem er sich mit dem Arbeitgeber herumtritt, hörte er einen Schrei — der Arbeiter hatte seine Hand in der Maschine stecken. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß auf diesem Gebiete nicht genug getan werden kann. Wir wissen, daß schon viel darüber gesprochen und geschrieben wurde; auch in diesem hohen Hause wurde schon wiederholt gesagt, daß die Arbeiter oft selber zu unvorsichtig seien. Ich bestreite das gar nicht, ich bedaure es im Gegenteil, daß es Arbeiter gibt, die die Sache so leicht nehmen. Wenn eben jemand an einer Maschine beschäftigt ist, wird er mit der Zeit so vertraut und sicher, daß er glaubt, es kann ihm gar nichts mehr passieren, und gerade da passieren die meisten Unfälle. Deswegen sollte darauf gesehen werden, daß speziell diese Unfallverhütungsvorschriften genau gehalten werden. Die Unfälle machen jedes Jahr eine ganz gewaltige Zahl aus; die Krankenkassen wissen am besten davon zu erzählen. Ich kann aus eigener Erfahrung Ihnen mitteilen, daß z. B. die Freiburger Ortskrankenkasse jedes Jahr weit über 500 Unfallfranke zu verzeichnen hat, wobei allerdings viele leichte Verletzungen vorliegen; es sind aber auch schwere dabei, die recht lange Zeit in Anspruch nehmen, bis der Verletzte wieder hergestellt ist. Sodann sind 8 bis 9 Prozent der Sterbefälle in den Krankenkassen auf Unfälle zurückzuführen. Hierunter haben die Krankenkassen schwer zu leiden, ebenso die Arbeitgeber, die ja nach der vierten Woche bis zur 13. Woche das erhöhte Krankengeld zu bezahlen haben. Ich möchte also die Groß. Regierung bitten, in nächster Zeit ihr Augenmerk speziell diesem Punkte etwas zu widmen.

Der Herr Minister hat dann gemeint, man solle nicht gleich verallgemeinern, wenn es sich um Uebertretungen der Vorschriften seitens der Unternehmer handle, man solle auch nicht sogleich zu schwer strafen, namentlich nicht bei neuen Gesetzen und neuen Einrichtungen. Ich bin ganz mit ihm einverstanden; nur möchte ich bitten, daß die gleiche Praxis auch den Arbeitern gegenüber angewendet wird. Denn warum wird denn gleich, wenn ein junger Arbeiter bei Gelegenheit von Lohnbewegungen, von Streiks usw., sich ein wenig zu viel in Punkt des § 153 der Gewerbeordnung erlaubt hat, derselbe auf einige Wochen ins Gefängnis

gesteckt? Man geht eben gegen die Arbeiter strenger vor als gegen die Arbeitgeber. Nach einer Notiz, die durch die Presse geht, hat man z. B. in den letzten Tagen in Mannheim einen italienischen Arbeiter ausgewiesen, weil er sich erlaubt hatte, bei der Feier des 1. Mai an seine landsmännlichen Kollegen einige Worte zu richten, die die Aufforderung enthielten, treu an der Organisation festzuhalten. Deswegen wurde er, und zwar mit einer Frist von nur zwei Tagen, ausgewiesen! Das ist sehr hart, das kann ich nicht verstehen. Wenn der Mensch sich sonst nichts zu schulden kommen läßt, als daß er seine Kollegen zur Organisation mahnt, dann glaube ich, hat er eine schöne Skulturart verübt. Denn wenn die Organisationen nicht so scharf darauf sehen und nicht immer daran mahnen und darauf dringen würden, daß die Arbeiter sich keine Ausschreitungen zu schulden kommen lassen, dann gäbe es für den Staat manches zu tun. Damit ergänzen die Organisationen das, was die Schule nicht vollbringen kann, aus der die meisten Arbeiter sehr rüchständig in das Leben hinaustreten.

Auf der anderen Seite werden die italienischen Arbeiter zu Hunderten geholt, wenn irgend ein Streik ausgebrochen ist, namentlich bei Maurerstreiks: da sind dann die italienischen Arbeiter ganz liebwerte Menschen, da werden sie auf das Freundlichste aufgenommen. Gerade dieses Vorgehen befundet aber, daß das Unternehmertum und die Regierungen internationaler sind als wir, denen man, weil wir im Interesse des Arbeiterschutzes international sind, oft „Vaterlandslosigkeit“ vorwirft. Die Unternehmer fragen nicht darnach, wo sie die Arbeiter herbekommen: ob aus Italien, Polen oder Deutschland. Ja, man hört sogar sehr oft von den Unternehmern und ihren Freunden sagen, daß die italienischen Arbeiter leistungsfähiger seien usw.: die deutschen Arbeiter, die eigenen Landsleute werden also herabgesetzt und die italienischen vorgezogen.

Auf der anderen Seite kommt es oft vor, daß die Unternehmer ihren Arbeitern die Beiträge für die Krankenkasse und Invaliditätsversicherung vom Lohn abziehen, ohne selbst ihre Pflichten gegenüber der Kasse zu erfüllen; da lehnen es aber die Staatsanwälte ab, gegen solche Arbeitgeber einzuschreiten; der Arbeiter hat aber oft davon einen großen Schaden: Wenn er z. B. erwerbsunfähig wird und den Antrag auf eine Invalidenrente stellt, dann wird geprüft, wie viele Marken er geklebt hat, und da kann nun gerade diejenige Anzahl von Marken den Anschlag geben, die vielleicht infolge des Nichtklebens oder Nichtbezahlens durch den Arbeitgeber fehlen; denn die Krankenkassen fleben erst, wenn sie das Geld haben. Man sieht also in alledem, daß wir nicht so Unrecht haben, wenn wir vom Klassenstaate reden.

Was nun den Bericht des Herrn Kollegen Neuhaus betrifft, so habe ich daraus zu meiner Verwunderung gehört, daß er den Tarifverträgen das Wort geredet, also darüber ein günstiges Urteil gefällt hat. Ich möchte nur wünschen, daß der Herr Kollege Neuhaus seinen ganzen Einfluß ausübe, daß auch seine Kollegen in seine Fußstapfen treten; denn Tarifverträge sind das beste Mittel, Streiks zu vermeiden. Bei Lohnbewegungen kommt es nicht nur häufig, sondern sogar massenhaft vor, daß die Unternehmer einfach sagen: Wir verhandeln nicht mit den sozialdemokratischen Lohnkomitees, wir verhandeln nur mit jedem einzelnen unserer Arbeiter; was dahinter steckt, das wissen die Arbeiter nur zu gut. Aber doch haben diese Herren der Solidarität der Arbeiter gegenüber schon manchmal nachgeben müssen; denn heute stehen die Arbeiter nicht mehr als so willenlose Geschöpfe da, wie früher, heute haben die Herren mit ihnen zu rechnen. Die Herren Unternehmer sagen oft: Wenn die Streikenden bis zu einem bestimmten Tage nicht wieder ar-

beiten, dann werden die übrigen alle ausgesperrt. Man glaubt, die Arbeiterschaft damit gefügig zu machen; aber diese Rechnung schlägt vollständig fehl. Die Herren sollten sich vielmehr mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Gedanke der Organisation und der Solidarität in der Arbeiterschaft so tief Wurzel gefaßt hat, daß keine Macht der Welt es fertig brächte, die Organisationen zu vernichten; denn der Arbeiter ist nachgerade auch zur Erkenntnis gekommen, daß die Organisation sein fester Rückhalt ist, wenn er seine wirtschaftliche Lage verbessern will. Die Unternehmer müßten sich heutzutage mit dem Gedanken vertraut machen, daß das Wort *Maschinenstreik* noch seine Bedeutung bekommen könnte, selbstredend nicht in dem Sinne, daß die Arbeiterschaft ohne weiteres provozierend in dieses Risiko eintritt. Aber wenn das Unternehmertum, wie z. B. die Berliner Industriellen, so übermütig wird, daß es sagt: Wir sperren 60 Prozent Metallarbeiter aus, dann kann es dazu kommen, daß es heißt: jetzt fehlt nicht mehr viel, daß alle ausgesperrt sind, und jetzt rufen wir alle Arbeiter Deutschlands und der Welt auf. Der Ruf bleibt dann nicht ungehört, und Sie können das Schauspiel erleben, daß die „Mühnemänner“ mit ihren Millionen in den Maschinenstricken nachgeben müssen. Die Herren vergessen das alte Sprichwort, daß die Arbeit die Quelle alles Wohlstandes ist, und wenn die Arbeiterhände ruhen, ihre Maschinenstränge nicht gefüllt, sondern leer werden. Das möchten die Herren doch bedenken, und deshalb möchte ich den Herrn Kollegen Neuhaus bitten, er möchte überall wo er kann, seinen Einfluß geltend machen.

Wenn der Herr Kollege Neuhaus auf der einen Seite ein so schönes Urteil gefällt hat, so hat er auf der andern Seite aber auch ein hartes Urteil gefällt: nämlich über die Arbeiter auf der *Landstraße*. (Abg. Neuhaus: Ich habe die Landstreicher gemeint!) Wenn der Herr Kollege Neuhaus diesen Ausspruch getan hat, ist ihm das eher zu verzeihen, weil er selbst nie Arbeiter war, also auch nicht wissen kann, wie das Arbeiterelend aussieht; es fehlt ihm die praktische Erfahrung. Das Landstreicherelend wird oft als Plage bezeichnet, wie die Zigeunerlage, die der Herr Kollege v. Mengingen früher geschildert hat. Ich selbst habe das Handwerksburschenelend schon vor 35 Jahren auch genossen, und ich habe meine Erfahrungen dabei gesammelt und mir gesagt: etwas Traurigeres kann es nicht geben, als wenn man an allen Türen abgewiesen wird, wenn man arbeiten will. Ein Mensch, auch wenn er nicht zum Verbrechertum neigt, kann leicht auf die Verbrecherlaufbahn kommen, wenn er überall, wo er um Arbeit anknüpft, hören muß: Die Stelle ist besetzt. Der Herr Kollege Neuhaus hat nun gemeint, die Strafe auf der Straße könnten schon Arbeit bekommen, wenn sie wollten. Das stimmt nicht: Sie können jeweils aus der Statistik der Arbeitsnachweise entnehmen, daß die Zahl der Arbeitsuchenden größer ist, als die Zahl der freien Stellen, obgleich die Organisation des Arbeitsnachweises heute viel besser ist als früher. Sie dürfen nicht jeden Handwerksburschen für einen Landstreicher halten.

Der Herr Kollege Wittmann hat sodann u. a. gesagt, daß die Fabrikinspektion nicht für die Arbeiter da sei, daß sie vielmehr berufen sei, verständig und vermittelnd zu wirken. Diese Aufgaben erfüllt sie aber nicht immer: Als z. B. der Vorstand unserer Fabrikinspektion, Herr Dr. Wittmann, in Mannheim die schwierige Aufgabe bekam, bei einem Streik zu vermitteln, da ist er bei der Arbeiterschaft in den starken Verdacht gekommen, daß er mehr für die Arbeitgeber, als für die Arbeiter eintrete. Diesen Vorwurf hat er damals bekommen (Abg. Eichhorn: Auch verdient!), und lei-

der damit recht sehr abgestochen von seinem Vorgänger Wörrihofer. Es scheint aber, daß Dr. Wittmann jetzt etwas anders denken gelernt hat; denn wenn man den Bericht durchgeht, findet man manches, was eine günstigere Beurteilung ermöglicht. Die Vermittlung zwischen Streikenden und Unternehmern ist allerdings eine schwierige Sache, Arbeiter und Arbeitgeber meinen oft, der Vermittler hielte zur Gegenseite. Die Arbeiterkammern würden hier Gutes wirken.

Es wurde auch von den Wohlfahrtseinrichtungen gesprochen. Es gibt ja manche, die ziemlich viel Gutes an sich haben, aber viele werden bloß gegründet, um nach außen einen schönen Mantel herauszuhängen, während es innen sehr schlimm aussieht. Die besten Wohlfahrtseinrichtungen sind kurze Arbeitszeit und hohe Löhne.

Zu diesen angeblichen Wohlfahrtseinrichtungen gehören auch die sogenannten *Mädchenheime*, die von Geistlichen und barmherzigen Schwestern geleitet werden. Diese geben sich also dazu her (ich nehme an in wohlmeinender Absicht), den Fabrikanten billige Ausbeutungsobjekte zu liefern. Erst in den letzten Tagen stand eine Notiz in der Presse, daß am 2. Mai vier Mädchen nach Konstanz gekommen sind, und sich der Polizei als Obdachlose gestellt haben. Sie wurden aus Graz in Steiermark nach Stodach gelotst unter der Vorpiegelung, daß sie da einen schönen Verdienst hätten. Sie haben aber gesehen, daß die Tatsachen diesen Vorpiegelungen vollständig widersprechen, und haben den Staub dieser Fabrik wieder von ihren Füßen geschüttelt. Da wollte der Fabrikant noch 15 M. Entschädigung haben und hat ihnen ihre Papiere verweigert. Und was haben nun diese Mädchen pro Stunde verdient: 12 Pf.! Dabei war ihnen aber versichert worden, daß sie hohen Lohn bekommen würden. Bei diesem geringen Lohn mußten sie von morgens 5 Uhr bis abends halb 8 Uhr arbeiten. Das sind die Wohlfahrtseinrichtungen, die vielleicht von denjenigen, die sie einrichten, gut gemeint sind, aber in Wirklichkeit oft in das Gegenteil ausschlagen.

Der Herr Minister hat sodann in bezug auf die *Arbeitsnachweise* erklärt, daß die Grobregierung bereit sei, dafür noch 4000 M. mehr in das Budget einzustellen. Diese 4000 M. werden aber nichts bessern können, wenn das durchgeführt wird, was in der Denkschrift über die Eisenbahntarifreform steht, daß nämlich die bisherigen Fahrvergünstigungen weggelassen sollen. Wenn bisher ein Arbeiter nach auswärts Arbeit angewiesen bekam, dann bekam er auch zu ermäßigtem Preise ein Eisenbahnbillet dahin; das soll jetzt wegfallen. Der Arbeiter kann also, wenn er kein Geld hat, an den Arbeitsort nicht hinreisen, die Stelle bleibt also notwendigerweise offen, und die Zahl der Arbeitslosen wird nur noch größer. Mit einer derartigen Neuerung sollten doch die Arbeiter verschont werden.

Der Herr Minister hat auch von der *Arbeitszeit* gesprochen, und erklärt, daß er durchaus dafür sei, daß endlich einmal eine Maximalarbeitszeit, etwa der zehnstündigen Arbeitstag, für die Frauen und Arbeiterinnen eingeführt werde. Er hat aber hinzugefügt, daß man dabei auf Schwierigkeiten wegen der Konkurrenz des Auslandes stoßen werde. Ja, deswegen sind wir Sozialdemokraten und sind alle unsere Organisationen international, daß überall die gleichen Forderungen verwirklicht werden können; das ist unsere ganze Vaterlandslosigkeit. Da ist also durchaus nicht zu fürchten, und Deutschland könnte eine große Last vollbringen, wenn es in dieser Frage an der Spitze der Länder treten wollte. Wir hatten schon Arbeiterschuttkongresse in Berlin; es ist aber nichts dabei herausgekommen: Man hat gesehen, daß es Deutschland und seinen Vertretern mit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht ernst ist. Es ist aber doch

absolut notwendig, daß die Arbeiterinnen wenigstens auf eine zehnstündige Arbeitszeit kommen. Denn die Arbeiterinnen gehören zum schwachen Geschlecht, und die Arbeitszeit des schwachen Geschlechts müßte doch unbedingt kürzer sein, als die des männlichen, stärkeren Geschlechts. Es müßte deshalb die Regierung eintreten, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen verkürzt wird. Die Arbeiter erkämpfen sich die kürzere Arbeitszeit schon durch die Macht der Organisation, aber die Arbeiterinnen sind dazu nicht imstande.

Das möchte ich doch sagen, auch die zehnstündige Arbeitszeit klingt wie eine Beleidigung und ein Hohn für die Arbeiterinnen und für die Arbeiterschaft überhaupt. Das unbedingt Erstrebenswerte ist die achttündige Arbeitszeit. Es hält sich niemand darüber auf, daß die Beamten in den Staats- und Privatbetrieben die achttündige Dienstzeit haben, und man begründet das mit der größeren Anstrengung durch die geistige Tätigkeit. Ich gebe das zu; aber wollen Sie bestreiten, daß heutzutage, bei der intensiven Produktion, auch die Arbeiter neben den physischen Anstrengungen auch noch geistige Tätigkeit entwickeln müssen? Ich erinnere nur an die Bedienung der komplizierten Maschinen, an die Handhabung der Sezmashinen usw. Auch die Arbeiter haben ein Anrecht auf Verkürzung der Arbeitszeit, respektive auf den achttündigen Arbeitstag. Wir sind von der zehnstündigen Arbeitszeit schon auf die neunstündige heruntergekommen und kein Unternehmer ist dabei in Konkurs gekommen. In einem Falle sehen wir in Deutschland sogar die achttündige Arbeitszeit eingeführt: in der Fabrik des Fabrikanten Freeje. Herr Freeje beschäftigte bei Einführung dieser Arbeitszeit 200 Arbeiter. Nach kurzer Zeit, etwa nach einem Jahre, brachte er seine Ergebnisse und seine Beobachtungen an die Öffentlichkeit, und zeigte zum Schaden der ganzen Welt, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch er selbst Vorteile davon hätten: Die Waren wurden besser, weil die Arbeiter mehr Arbeitsfreudigkeit und Vertrauen zu ihrem Arbeitgeber hatten. Der Fabrikant glaubte, auch einen Vorteil zu haben, weil der ganze Betrieb verbilligt wird. Die Herren von den Regierungen mögen dies beherzigen, die Unternehmer aber noch mehr. Aber von diesen Fällen nehmen letztere wenig Notiz.

Im Inspektionsbericht wird auch die Organisation der Arbeiter anerkannt, was erfreulich ist. Es wird darin unter anderem dem Gewerkschaftsartell in Mannheim die Anerkennung gezollt, daß es für Erziehung und Bildung seiner Mitglieder vieles aufgegeben hat. Es hat tausende von Mark für Bibliotheken ausgegeben. Die Unternehmer sollten davon Abstand nehmen, die Arbeiterorganisationen immer u. immer wieder zu bekämpfen; denn die Organisationen haben sich schon manchem Unternehmer gegenüber als nützlich erwiesen. Schon manchmal haben die Arbeitnehmer mitgeholfen, die Schmutzkonkurrenz unter den Arbeitgebern zu beseitigen und zu bekämpfen.

Was nun die gewerbliche Ausbildung anbelangt, so ist von allen Seiten betont worden, daß das sehr nötig ist, daß die Volksschule eben nicht hinreicht. Das ist ein Verdikt über die Volksschule, welches hoffentlich dazu beitragen wird, die Volksschule in Zukunft besser auszugestalten. Es ist also diese gewerbliche Fortbildung nur eine Ergänzung dessen, was die Volksschule noch übrig läßt. Diese gewerbliche Fortbildung hat eine interessante Entwicklung durchgemacht. Vor 40 Jahren kannte man in Deutschland überhaupt nichts von Gewerbeschulen. Damals hatte man nur eine allgemeine Fortbildungsschule, keine gewerbliche, und erst nach und nach hat sich der gewerbliche Fortbildungsunterricht eingebürgert. Jetzt hat sich die Entwicklung herausgewach-

sen zu Branchen, zu Fachgewerben, zu Fachschulen, und in dieser Beziehung haben die größeren Städte in Baden dem badischen Staate schon viel abgenommen. Ich darf Freiburg z. B. nennen. Freiburg hat für eine neue Gewerbeschule vor einigen Jahren eine Million aufgewendet, eine Gewerbeschule, wie wohl keine zweite in Baden sein wird, und der jährliche Aufwand für diese Gewerbeschule beträgt nahezu 100 000 Mark. Es gibt hier Spezialkurse für Mechaniker, es gibt eine Polierschule, sogar Meisterkurse, es gibt Kurse im Modellieren usw. Diese Gewerbeschule hat Werkstätten mit Elementarkraft eingerichtet, Werkstätten mit Schraubbänken und mit Hobelbänken. Daran können Sie ein Beispiel nehmen, wenn Sie staatliche Lehrlingswerkstätten errichten. Ich glaube, die Regierung könnte dem Handwerk sehr entgegenkommen, wenn sie in den größeren Städten des Landes solche Staatslehrlingswerkstätten gründen würde, die in Selbstregie des Staates ständen oder mit Staatszuschuß den Gemeinden überwiesen würden. Die Städte würden das weitere schon besorgen, und die Resultate würden jedenfalls ganz gute sein. Der Arbeiter ist ja auch dabei interessiert, gewerblich tüchtig ausgebildet zu werden, weil er dann später eher in der Lage ist, beruflich dem Arbeitgeber gegenüber seinen Mann zu stellen; denn je tüchtiger der Arbeiter beruflich ist, desto mehr hat er das Recht, dem Arbeitgeber zu sagen: Was ich in der übrigen Zeit tue, geht Sie nichts an, ich bin Ihnen nur schuldig, in der Werkstätte meine Pflicht zu erfüllen. Gegen solche Arbeiter, die im Beruf außerordentlich tüchtig sind, gehen die Arbeitgeber auch weniger feindselig vor; denn der gute tüchtige Arbeiter bringt dem Arbeitgeber mehr Vorteil, als der Arbeiter, der nichts gelernt hat. Deshalb sind also auch die Arbeiter an diesen Lehrlingswerkstätten interessiert. Aber glauben Sie ja nicht, daß die dort ausgebildeten Lehrlinge alle Meister werden können.

Als vor zwei Jahren in Freiburg im Bürgerausschuß über die Errichtung einer Knabenbürgerschule beraten wurde, da hat auch dort ein Stadtverordneter vom Zentrum, ein Handwerksmeister, der Volksschule das aller schlechteste Zeugnis ausgestellt. Er hat dabei gesagt, daß man oft grauenhafte Dinge erleben müsse, daß die Volksschule einfach unzulänglich sei, daß die Lehrlinge nicht die einfachsten Dinge kennen, daß sie nicht einmal ein ordentliches Lehrlingsstück machen können usw. und deswegen müßten Knabenbürgerschulen errichtet werden. Ich habe damals dagegen gestimmt, weil das wieder eine Liebesgabe an die Besitzenden ist; denn diese Schulen haben ein bedeutend höheres Schulgeld, und das muß der Arme wieder wegbleiben. Man würde also diese Schule nur für die Meisteröhne gründen. Hat aber nicht der Staat und die Gesellschaft ein Interesse daran, daß jeder gewerblich gut ausgebildet wird?

Dieses Gewerbeschulwesen hat sich heutzutage wie Sie gehört haben, gut entwickelt. Damit sind aber die Handwerker nicht zufrieden. Diese gewerblichen Schulen beruhen nämlich auf gar keiner gesetzlichen Grundlage, sondern beruhen nur auf ministeriellen Bestimmungen, und in bezug auf die Gewerbeschulräte sind ihre Vorstände herrscht noch eine alte Sitte, die unverständlich klingt: Nach einer landesherrlichen Verordnung vom 16. Juli 1868, Regierungsblatt S. 721, hat jede Konfession einen Vertreter in dem Gewerbeschulrat zu stellen. Die Handwerker bei uns in Freiburg haben sich endlich aufgerafft, es auszusprechen, daß das eigentlich nicht mehr zeitgemäß ist. Und, was noch schöner ist, die Herrn Geistlichen selber sollen sich äußern haben, daß sie eigentlich nicht verstehen können, worin ihre Tätigkeit in dem Gewerbeschulrat bestehen soll; denn mit Seelsorge und Religionsunterricht haben

sich die Gewerbeschulen nicht zu befassen. Also wäre es doch besser, man würde Fachmänner heranziehen. Die Gewerbeschulen sollten von Fachleuten geleitet werden, und der Schulrat sollte auch aus Fachleuten bestehen. Also hier braucht es nicht einmal eine Gesetzesänderung, sondern die Großh. Regierung ist in der Lage, die ganze Einrichtung durch eine Ministerialverordnung umzuändern, oder aber sie kann dem Landtag eine Gesetzesvorlage machen, um die Materie vollständig zu regeln.

Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Görlacher, der da gemeint hat, früher habe der Arbeiter bei 3 Mark Wochenlohn noch Geld erspart. Früher waren 3 Mark ein Stück Geld, was ist das heute? Das Geld ist im Werte gesunken und alles hat sich fürchterlich verteuert. Wie kann man da an die alten schönen Zeiten erinnern? Man spricht davon, wie willig die Arbeiter früher 12 Stunden gearbeitet hätten, jetzt wollten sie nicht mehr, aber mehr Lohn wollten sie und weniger schaffen. Die Sache ist in Wirklichkeit denn doch ganz anders! Was das Sparen betrifft, so sind die Arbeiter heute gezwungen zu sparen; von Ersparnissen kann gar keine Rede sein. Wenn einer wirklich etwas zurücklegt, so muß er sich dies am Munde absparen. In vielen Fällen hat sich gezeigt, daß die Sparserei gar nicht angebracht war, indem der Betreffende sich an seiner Gesundheit geschädigt hat und deshalb früh gestorben ist; und die hinterlassene Familie mit einigen Waisen konnte mit den ersparten paar hundert Marklein doch nicht leben. Das erste, wofür der Arbeiter zu sorgen hat, ist, daß er seine Kraft spart. Das ist das einzige, was er besitzt, seine Körperkraft, die er verkaufen muß. Wenn er die nicht mehr hat, dann ist er der Armenbehörde ausgeliefert. Daran sollte jeder Arbeiter denken, daß das erste Gebot für ihn ist, daß er kräftig und gesund bleibt; dann kann er den Kampf ums Dasein führen!

Der Herr Abg. Görlacher hat dann auf den Alkohol hingewiesen. Er wird nicht verlangen wollen, daß die Arbeiter auf den Alkohol verzichten, damit er billiger wird und die Arbeitgeber umso mehr trinken können (Geiterkeit). Die Alkoholfrage spielt ja heutzutage eine große Rolle. Ich bin kein Abstinenz, bin aber auch kein Alkoholiker. In allen diesen Dingen ist Mäßigkeit geboten. Aber das gestehe ich zu: im Alkoholverbrauch herrscht auch ein Mißbrauch bei vielen Arbeitern, viele gehen zu weit, denken nicht an den Geldbeutel, und denken nicht, daß die Gesundheit darunter leidet und die Familie. Aber woran liegt es? Nur an der Erziehung. Die Organisationen und Gewerkschaften arbeiten ständig daran, die Arbeiter zu belehren und sie auf eine höhere Stufe zu bringen, und Sie werden zugeben müssen, daß heute das Blauemachen lange nicht mehr so zahlreich vorkommt wie früher. Heute gibt es schon ein Abstinenzentum unter den Arbeitern, und man hat in dieser Beziehung auch Erfolge zu verzeichnen. Hier führt der Inspektionsbericht ein Beispiel an von einem Fabrikanten in Waldhof bei Mannheim, welcher eine eigene Sodawasser- und Limonadenfabrik errichtet hat; der Bericht verzeichnet im Wasserverbrauch eine Abnahme und beim Verbrauch der Limonade eine Zunahme. Die Arbeiter haben dabei jedenfalls an das Lied gedacht: „Mit Wasser bleib mir ferne, das trink ich gar nicht gerne“ (Geiterkeit). In der Limonade finden sie noch einigen Ersatz für den Alkohol. Der Alkoholverbrauch wäre noch leichter zu bekämpfen, wenn dieser Ersatz billiger wäre. Wenn man für 5 Pfg. eine Limonade bekommen könnte, dann wäre das eine bessere Konkurrenz gegen das Bier. Im übrigen sorgt ja der Kapitalismus, unsere Bierfabrikanten dafür, daß diese Industrie nicht ausgeht und da ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter nicht davon abkommen. Außerdem machen sie ja ihr Bier nicht mehr so stark, so daß es

auch nicht mehr so gefährlich ist (Geiterkeit). Die Arbeitgeber könnten selber dabei mitwirken, daß der Alkoholmißbrauch bekämpft bzw. in Grenzen gehalten wird. Ich würde mich aber wehren, wenn etwa gesagt würde, der Alkohol muß ganz abgeschafft werden.

Wie man sich auch in der Landwirtschaft gegen den angeblichen Untergang wehrt, ebenso hat auch das Handwerk ein Recht, zu verlangen, daß ihm geholfen wird. Es handelt sich nur darum, wer dem Handwerk den Untergang bereitet, wir müssen da vielfach hören, daß die Sozialdemokratie, die Organisationen usw. daran schuld seien. Ja, hat denn der Arbeiter nicht ein Recht darauf, einen Lohn zu verlangen, der einigermaßen dem Wert seiner Arbeit entspricht? Der größere Feind des Handwerks ist das Großkapital. Das Handwerk kann sich wohl in manchen Branchen halten, aber nicht in allen. Denn das Großkapital schreitet fort, und das Großkapital, die Großindustrie produziert billiger als das Handwerk. Ich erinnere nur an die Schuhmacherfrage. Herr Nebmann hat gemeint, die besser situierten Leute würden sich die Schuhe beim Schuhmacher anmessen lassen; das kann ich nicht zugeben. Glauben Sie, in den Warenhäusern verkaufen nur Arbeiter? O nein; seine Damen und Herren ohne Unterschied, weil sie sparen wollen, weil man dort billiger kaufen kann. Das ist der Zeitgeist. Ich bin auch einer, der nie gemachte Schuhe im Laden gekauft hat, aber es gibt nicht viele solche. Die meisten sagen: nur billig, und wollen nicht einsehen, daß, wenn sie etwas solides machen lassen, sie doch billiger wegkommen, als mit der Fertigware. Die Schuhfabriken haben anfangs ja nur Schund geliefert, aber durch die Konkurrenz ist die Produktion so geworden, daß man Handarbeit und Fabrikationsarbeit fast gar nicht mehr unterscheiden kann; es ist auch schon vorgekommen, daß dieser oder jener kleine Schuhmachermeister, wenn er den Auftrag hatte, ein Paar Schuhe zu liefern, in einen Laden ging und ein Paar Stiefel nach dem betreffenden Maß holte, die Firma wegstreckte und sie als seine Arbeit verkaufte. Außerdem hat die Schuhmacherarbeit eine Schmutzkonkurrenz in den Schnellsohlereien. Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß diese bei den heutigen Lederpreisen eine Sohle liefern können, die von Dauer ist? So ist das ehrliche Schuhmacherhandwerk gedrückt von zwei Seiten, vom Großkapital und von der Schmutzkonkurrenz. Es wenden sich deshalb immer weniger Leute diesem Handwerk zu. In Freiburg z. B. sind bei 170 Meistern nur 120 Gesellen beschäftigt und 13 Lehrlinge! Das Schuhmacherhandwerk wird nach und nach immer mehr zurückgedrängt durch die Großindustrie und schließlich ganz verschwinden.

Zum Schluß möchte ich noch eines zur Position „Landesversicherungsanstalt“ vorbringen und einen speziellen Wunsch an die Regierung richten. Der Verband der badischen Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen hat schon vor drei Jahren sich an die Regierung gewendet um Erhöhung der Vergütung für das Kleben der Invalidenmarken. In Baden (mit Ausnahme von Pforzheim) werden nämlich die Invalidenmarken von den Krankenkassen geklebt. Für dieses Kleben bekommen die Krankenkassen 5 Proz. der Einnahme vergütet. Das reicht nicht mehr aus und in Württemberg, im Königreich Sachsen, in den Hansestädten beträgt die Vergütung schon längst 6 Proz. Die Regierung hat auf die eben dahin gehende Bitte der Krankenkassen im vorigen Jahre erwidert, daß sie darauf nicht eingehen könnte. Als wir seinerzeit darüber beraten haben auf unseren Landesversammlungen in Pforzheim und Freiburg, war auch der Herr Geh. Oberregierungsrat Weingärtner als Vertreter der Regierung anwesend, und dieser war der Sache immer wohlwollend und entgegenkommend gegenüber gestanden; allein es kann kein Lokomotivführer

einen Zug vorwärts bringen, wenn man nicht genug Dampf hat und hinten dran 2 Bremsen sind (Große Heiterkeit). Denn die Vertreter der Versicherungsanstalt haben gebremst und die Großh. Regierung hat sich beeinflussen lassen, hat den Herren von der Versicherungsanstalt geglaubt, daß es genug sei mit 5 Proz. Ich erinnere Sie daran, daß in der Zeit, wo alle Beamtencategorien in Deutschland, speziell in Baden, sich rühren, um ihre Lage zu verbessern, auch die Beamten der Ortskrankenkassen ein Anrecht darauf haben, ihr Einkommen zu erhöhen, wir sind verpflichtet, ihnen entgegenzukommen.

Es wurde damals seitens der Großh. Regierung gesagt, daß es für die Klasse gleich sei, ob sie 6 oder 3 M. einlassiere. Das ist aber das mindeste. Wer ein wenig besser mit der Sache vertraut ist, wie der Herr Kollege Pfeiffle und ich, wird sagen, die Arbeit ist eine viel größere, es hängt damit der Kartentausch, die Registratur, die ganze Ordnung der Karten zusammen, es muß nicht nur geklebt, sondern es muß das alles in Bücher eingetragen werden. Denken Sie nicht, daß das alles viel Arbeit kostet? Da sollte man uns nicht mit einem so nichtsagenden Argument kommen, daß 6 M. so gut einzulassieren seien als 3 M. Die Krankenkassen werden sich nicht zufrieden geben, sie werden die Frage aufs neue aufgreifen; aber ich möchte der Großh. Regierung empfehlen, daß sie doch aus eigener Initiative die Sache in die Hand nehmen sollte, und sie würde sich Dank verdienen, wenn sie nachträglich sagen würde: Die Lage hat sich geändert; mit Rücksicht auf die teure Lebenslage muß man auch diesen Beamten entgegenkommen und die Vergütung auf 6 Proz. erhöhen. Wenn die Großh. Regierung Wert darauf legt, daß Baden wieder als das Musterland gelte und im Zeichen des sozialen Fortschrittes voranmarschiere, dann hat sie hier Gelegenheit, sich im Sinne der von uns vorgetragenen Wünsche zu betätigen (Bravo!).

Abg. Belzer (Zentr.): Zunächst möchte ich auf einige Ausführungen des Herrn Pfeiffle zurückkommen. Er hat gesagt, daß der Berichterstatter, Herr Kollege Neuhäus, sich als Zigarrenfabrikant wohl nicht eigne, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wir wissen ja, daß bereits von verschiedenen Seiten des Hauses dem Herrn Berichterstatter der Dank ausgesprochen worden ist für seinen objektiven und sehr gut ausgearbeiteten Bericht. Ich glaube kaum, daß der Herr Kollege Neuhäus sich die Worte wird so zu Herzen genommen haben, die der Herr Kollege Pfeiffle in bezug darauf gesagt hat. Ich verstehe nun aber nicht, daß gerade von Seiten des Herrn Kollegen Pfeiffle gesagt werden kann, ein Zigarrenfabrikant eigne sich nicht als Volksvertreter, besonders nicht als Vertreter der Arbeiter (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Gerade Ihre Partei hat ja eine Anzahl Vertreter im Reichstag, die Zigarrenfabrikanten sind. Wenn also Zigarrenfabrikanten von Ihnen gewählt werden, dann ist alles in Ordnung! (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Wenn sich einer unter die rote Fahne stellt, so bleibt es gleich, ob er Beamter, Fabrikant, Handwerker oder gar Millionär ist. Deshalb sollten die Herren Sozialdemokraten in ihren Äußerungen vorsichtiger sein und nicht den Zigarrenfabrikanten vor die Person stellen. Wenn die Sozialdemokraten Gelegenheit hätten, auch einen Zigarrenfabrikanten in ihre Fraktion zu bringen, so würden sie jedenfalls nicht abgeneigt sein.

Der Herr Abg. Neuhäus hat aber nicht allein als Berichterstatter, sondern auch als Abgeordneter noch gesprochen, und gerade auf seine zweite Rede hat der Herr Abg. Pfeiffle abgehoben. Er hat auch weiter behauptet, daß sich überhaupt das Zentrum nicht eigne, die Arbeiter-

interessen zu vertreten. Nun an dem, was bis jetzt geschehen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, hat das Zentrum tatkräftig mitgearbeitet, und ich glaube, ohne das Zentrum wären wir überhaupt noch nicht so weit, als wir jetzt sind. Ich brauche das nicht weiter auseinanderzusetzen; dieser Vorwurf ist schon dutzende Male widerlegt worden, und man ist von den Sozialdemokraten nachgerade gewohnt, daß sie immer in dieser Beziehung auf das Zentrum einhauen. Wir erblicken in der Fortführung der sozialen Reformen unsere Aufgabe, und wir werden auch fernerhin bestrebt sein, dafür einzutreten, daß hierin kein Halt gemacht wird.

Ich möchte nun um Auskunft bitten, wie weit die Vorarbeiten der Witwen- und Waisen-Versicherung schon gediehen sind. Der neue Zolltarif ist ja bereits in Kraft getreten, und so wäre es wünschenswert, wenn das Gute, was in der Zollgesetzgebung für die Arbeiter aufgenommen ist, möglichst bald den Hinterbliebenen der Arbeiter zum Segen gereichen möge.

Was der Herr Minister in der letzten Sitzung in bezug auf den Maximalarbeitsstag der Frauen das Wort geredet hat, hat mich nicht befriedigt. Er hat zwar im allgemeinen einer Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen das Wort geredet; daran hat er aber wieder so viele Voraussetzungen geknüpft, daß meine Hoffnung auf eine baldige Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen wieder geschwunden ist. Nachdem unsere Industrie doch schon in vielen Teilen für die männlichen Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit als zehn Stunden hat, glaube ich, dürfte von Seiten der Großh. Regierung doch kein Bedenken und kein Anlaß mehr vorhanden sein, noch diese oder jene Voraussetzung an eine Verkürzung der Frauenarbeitszeit anzuknüpfen; ich glaube, es wäre in der Tat notwendig und dringend zu wünschen, daß hier endlich Reform geschaffen würde.

Was nun die Fabrikinspektion betrifft, so bin ich in vielen Punkten mit dem Herrn Kollegen Kösch vollständig einverstanden. Auch ich bin der Ueberzeugung, daß mehr Arbeiter, praktische Arbeiter, in die Fabrikinspektion aufgenommen werden sollen. Es ist ja einleuchtend, daß ein Arbeiter, der selbst Jahre lang in der Fabrik tätig gewesen ist, der die ganzen Verhältnisse, die ganze Lage der Arbeiterschaft, der die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter genau kennt, viel besser Mißstände, wie solche da und dort noch existieren, erblicken und für deren Beseitigung wirken könnte. Auch die Arbeiter hätten mehr Vertrauen, wenn sie wissen, daß in dieser Behörde aus ihrem Stande Leute vertreten sind. Es ist auch richtig, was der Herr Kollege Kösch gesagt hat: daß bei den Inspektionsgängen die Beamten der Fabrikinspektion in der Regel vom dem Direktor oder vom Meister begleitet sind. Ich bin der Ueberzeugung, und kann es aus eigener Erfahrung bestätigen, daß die meisten Arbeiter von den vorgenommenen Revisionen überhaupt nichts wissen (Sehr richtig!). Nur in einem ganz kleinen Prozentsatz der Fälle ist es ihnen vielleicht bekannt. Ich darf vielleicht erwähnen, daß es mir in meiner nahezu zwanzigjährigen Tätigkeit in der Fabrik nur einmal möglich war, die Fabrikinspektion in Dienste kennen zu lernen. Es ist ja vielleicht hin und wieder einmal geschehen, daß die Fabrikinspektion Revisionen abgehalten hat, aber ich habe nichts davon gemerkt und meine Mitarbeiter auch nicht. In dem einen Fall, in dem ich den Beamten der Fabrikinspektion kennen lernte, bezw. bei der Revision gesehen habe, hat zufällig ein Arbeiter, der diesen Herrn kannte, mich darauf aufmerksam gemacht.

Wenn die Herren von der Fabrikinspektion Fragen in den Werkstätten an die Arbeiter stellen, so würde das das Vertrauen der Arbeiter zu den Beamten bedeutend

fördern. Es ist auch selbstverständlich, daß die Arbeiter, selbst wenn sie den Beamten der Fabrikinspektion kennen, doch sicherlich nicht in der Fabrik zu ihm hingehen und sagen: dies und jenes liegt mir am Herzen, hier und dort ist es nicht in der Ordnung! — wenn auf der einen Seite der Direktor, auf der andern Seite ein Meister steht. Ich glaube, es verhält sich unter diesen Umständen jeder Arbeiter möglichst ruhig und still. (Abg. Eichhorn: Ist das bei dem Herrn Kollegen Neuhaus nicht so in seiner Fabrik? — Gegenrufe von Zentrumseite: Woher wissen Sie denn das? — Abg. Eichhorn: Ich frage ja nur! — Glocke des Präsidenten.)

Was nun den Wunsch des Herrn Kollegen Kösch anbelangt, daß die Beamten der Fabrikinspektion angemeldet in die Fabrik kommen und nicht zuerst auf dem Bureau anfragen sollen, so möchte ich diesem Wunsch nicht widersprechen; auch ich würde es begrüßen, wenn die Beamten zuerst in die Werkstatt gehen würden und den Arbeitern sich zeigen. Ich nehme an, wenn die Sache so gehandhabt wird, könnten manche Beschwerden aus der Welt geschafft werden, was jetzt eben nicht so leicht der Fall ist.

Was die politische Stellung des Arbeiters anbelangt, so ist es richtig, daß sie in vielen Fällen sehr erschwert wird. Ich kann auch sagen, daß ich nicht in der angenehmen Lage bin wie der Herr Kollege Kösch, der nach Schluß seiner parlamentarischen Tätigkeit ruhig auf seinen alten Posten zurückkehren und seine alte Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Es ist eben für einen Arbeiter nicht leicht möglich, einer Körperschaft anzugehören, und längere Zeit seinen Arbeitsplatz zu verlassen. (Sehr richtig! von sozialdemokratischer Seite.) Ich muß voll und ganz bestätigen, was der Herr Kösch in diesem Punkte gesagt hat.

Dann möchte ich in diesem Zusammenhange noch darauf hinweisen, daß die Arbeiter besonders in der Bildung ihrer Organisationen nicht gehindert werden sollten. Hierauf sollte mehr Bedacht genommen werden, und wenn ein Arbeiter kraft seiner Ueberzeugung den Wunsch hat, sich einer bestimmten Organisation anzuschließen, und dafür gemäßigter und brotlos gemacht wird, so sollte das nach meiner Ueberzeugung bestraft werden (Sehr gut!) — komme diese Maßregelung von welcher Seite sie immer wolle, das bleibt sich ganz gleich.

Es ist in dem Berichte der Fabrikinspektion angeführt, daß — was sehr bedauerlich ist — die Arbeiterorganisationen sich manchmal selber bekämpfen. Arbeiterorganisationen sollen nicht da sein, um Arbeiter brotlos zu machen, wenn sie sich nicht einem bestimmten Willen unterwerfen. Es muß auch von dieser Stelle aus entschieden gewarnt werden, daß solche Zustände einreißen. Die Hungerpeitsche ist für den Arbeiter das schlimmste Mittel, möge dieselbe geschwungen werden von oben oder von unten. Jeder soll frei nach seiner Ueberzeugung einer Organisation beitreten können, welcher immer er wolle, das ist die Freiheit, die ich meine.

Was nun die Lehrlingsbildung anbelangt, so ist vom Herrn Kollegen Pfeiffle, wenn ich ihn recht verstanden habe, gesagt worden, daß die Lehrlinge in den Fabriken besser ausgebildet würden als bei den Kleinhandwerkern. Das kann manchmal zutreffen. Es kommt in der Großindustrie aber auch vor, daß Lehrlingszuchterei getrieben wird, die Lehrlinge kommen zu diesem oder jenem bestimmten Arbeiter, der unter Umständen im Afford arbeitet. Daß die Affordarbeit im allgemeinen nicht der Wunsch der Arbeiter ist, das möchte ich nebenbei hier offen aussprechen. Es wird hauptsächlich darauf gesehen, daß der Lehrling viel arbeitet.

Ich bin der Ueberzeugung, daß der Lehrling bei einem Handwerksmeister besser aufgehoben ist, wenn er auch dann und wann einmal eine Arbeit verrichten muß, die nicht gerade zu dem eigentlichen Beruf gehört; in der Fabrik kommt es auch vor, daß der Lehrling Arbeiten verrichten muß, die nicht zu seinem Beruf gehören. Er muß da mitunter sogar Tagelöhnerarbeit verrichten; dies wird ja vielleicht nicht gerade vonseiten der Fabrikverwaltung gefordert, aber wenn zu einer bestimmten Arbeit gerade nicht ein Tagelöhner vorhanden ist — dann wird eben ein Lehrbub genommen. Das sind Dinge, die nicht zu Gunsten der Lehrlingsausbildung in der Fabrik sprechen.

Zu dem Kapitel der gewerblichen Fortbildungsschulen möchte ich doch anführen, daß es vorteilhaft wäre, wenn der Schulbesuch nicht nur auf die Handwerkslehrlinge beschränkt würde, sondern wenn auch junge Landwirte oder sonstige Arbeiter die Schule besuchen könnten. Ich habe die Erfahrung in meiner Heimatgemeinde gemacht. Hier ist vor einigen Jahren eine gewerbliche Fortbildungsschule gegründet worden, man war allgemein der Meinung, daß alle jungen Leute, die die Schule besuchen wollen, aufgenommen werden. Nun hat sich aber herausgestellt, daß nur Handwerkslehrlinge aufgenommen wurden. Man sollte doch, wenn eine Gemeinde sich bereit erklärt, eine gewerbliche Fortbildungsschule ins Leben zu rufen, alle, die die Schule besuchen wollen, hineinlassen. Erst wenn die Zahl der Schüler zu groß würde, oder die Lehrkraft nicht ausreicht, sollte man sie zurückweisen.

Ich habe noch einen speziellen Wunsch vorzutragen. In einigen Gemeinden meines Bezirkes, besonders in meiner Heimatgemeinde, klagen die Ladeninhaber über die Bestimmungen betreffend die Offenhaltung der Verkaufslokale an den Sonntagen. Der Bezirksrat bestimmt die Zeit, in welchen Stunden die Läden geöffnet werden dürfen. In meinem Bezirk ist die Zeit von 8—9 Uhr morgens und 11—3 Uhr mittags festgesetzt. Nun ist aber die Zeit von 11—3 Uhr für den Ladeninhaber wie für das laufende Publikum nicht die günstigste, weil die Leute während des Mittagessens den Laden offen halten müssen und daher nicht in der Lage sind, ihr Mittagessen in Ruhe einzunehmen. Man hat nun den Wunsch nach Verlegung der Mittagsstunden auf die Zeit von 12—4 Uhr, da wären die von auswärts kommenden Leute besser in der Lage, ihre Einkäufe zu machen. Die Bezirksräte sollten vom Ministerium angewiesen werden, nicht nach einer Schablone zu verfahren, sondern die speziellen Wünsche der Gemeinden zu berücksichtigen; nicht für jede Gemeinde ist die gleiche Zeit der Offenhaltung der Verkaufslokale angebracht. Ich möchte hoffen, daß diesen Wünschen der Ladeninhaber Rechnung getragen werden möge.

Abg. Zhrig (Dem): Ich möchte zunächst einen Wunsch des Herrn Kollegen Vogel unterstützen, den Wunsch nach Errichtung einer Baugewerkschule in Mannheim, und zwar möchte ich ihn unterstützen, weil es auch im Interesse des von mir vertretenen Bezirkes Schwetzingen gelegen ist, daß diese Schule errichtet wird. Es ist mir auch aus dem Bezirk der Wunsch nahegelegt worden, man möge dahin drängen, daß die Schule zustande kommt. Die Frage beschäftigt die Regierung und das Hohe Haus nicht zum ersten Mal; auch im anderen Hohen Hause wurde die Anregung gegeben, mit der Errichtung einer solchen Anstalt endlich Ernst zu machen. Schon im Jahre 1898 wurde vom Stadtrat Mannheim im Verein mit anderen Körperschaften eine Petition an das Hohe Haus gerichtet, die damals der Großh. Regierung in dem Sinn zur Kenntnisnahme überwiesen

wurde, daß sie der Errichtung einer solchen Schule näher treten wolle, wenn zwei Bedingungen erfüllt seien: erstens wenn die Karlsruher Schule eine Schülerzahl von über 500 aufweise und zweitens, wenn in Mannheim ein besonderes Bedürfnis nach technischem Unterricht in der Art, wie die Baugewerkschule ihn vermittelt, sich geltend mache. Die Großh. Regierung hat die Petition damals dahin verbeschieden: die Frequenzverhältnisse der Karlsruher Anstalt seien noch keine derartigen, daß unbedingt eine zweite Anstalt erforderlich sei, und sie hat darauf hingewiesen, daß damals nach Mannheim die Privatingenieurschule von Zweibrücken verlegt worden sei und eine Zweigschule für Werkführer und Monteure errichtet werde, daß dadurch dem Bedürfnis in gewissem Umfang Rechnung getragen sei. Die Ingenieurschule verfolgt aber wesentlich andere Ziele, als eine Baugewerkschule, und das Gleiche gilt von der Werkführerschule. Letztere ist außerdem sehr wenig frequentiert, weil sie nur etwas Halbes darstellt. Daß die Baugewerkschule in Karlsruhe die Schülerzahl 500 erheblich überschritten hat, ist eine bekannte Sache. Der Herr Kollege Rebmann hat schon darauf hingewiesen und ihm als Schulmann wird man ein sicheres Urteil zutrauen können; er hat darauf hingewiesen, daß eine Ueberfüllung in der Karlsruher Baugewerkschule eingetreten sei, der abgeholfen werden müsse; er hat ferner hingewiesen, daß die Ueberfüllung noch stärker wäre, wenn nicht jährlich eine Reihe von Schülern zurückgewiesen würde, die sonst sehr wohl den Bedingungen zur Aufnahme in die Anstalt genügen würden.

Aber auch die zweite Bedingung erscheint mir erfüllt. Es haben außer dem Stadtrat eine Reihe von Körperschaften sich teils an den Gewerbeschulrat, teils an das Unterrichtsministerium gewandt, um für Mannheim eine solche Schule zu erhalten: die Handelskammer für den Kreis Mannheim, die Handwerkskammer, der Mannheimer Fabrikantenverein, der Bezirksverein deutscher Ingenieure in Mannheim, die Bau- und Maurervereinigung, die Industriebrüder in Mannheim. Alle diese Körperschaften haben ebenso, wie der Stadtrat, den dringenden Wunsch ausgesprochen und nachgewiesen, daß es im Interesse der Stadt Mannheim liege, daß man dort eine solche Anstalt errichte. Der Mannheimer Stadtrat hat sich vor einem Jahre wieder an die Großh. Regierung gewandt und hat dort einen Vorschlag gemacht, wie man auf geradezu billige Weise zu einer solchen Schule kommen könne, indem man sie nämlich an die bestehende Ingenieurschule angliedere. Nach der Eingabe, die er damals der Großh. Regierung, zunächst dem Gewerbeschulrat, vorgelegt hat, hätte es nur eines Zuschusses von lumpigen 15000 M. im Jahre bedurft, um diese Anstalt in Mannheim ins Leben treten zu lassen. Nun darf nicht verschwiegen werden, daß man in Mannheim mit der Haltung der Gr. Regierung durchaus nicht einverstanden ist. Der Herr Minister sagte auf den Zwischenruf des Herrn Vogel: „Natürlich zuletzt in Mannheim.“ Er hat damit einen Heiterkeitserfolg erzielt, aber ich möchte doch im Ernst sagen: „Natürlich zuerst in Mannheim.“ Es ist eine bekannte Tatsache, daß Mannheim sich seit Jahren beschwert, daß die Großh. Regierung nicht in der Weise die Mannheimer Verhältnisse pflege, wie Mannheim das mit Recht erwarten dürfe, und in der vorliegenden Frage zeigt sich das nun wieder. Wir sehen von Mannheim aus, wie andere Gegenden viel besser bedacht werden. Wir sind ja ganz damit einverstanden, wenn z. B. Furtwangen droben für die Uhrmachererschule 35000 M. und für die Schnitzerschule 18300 M. erhält, und wenn die Pforzheimer Kunstgewerbeschule, die doch zunächst dem Pforzheimer Interesse dient, mit 67400 M. dotiert wird. Wir glauben aber doch, daß die erste Stadt des Landes — und

das ist Mannheim — eine bessere Pflege verdienen würde, wo die Stadt doch den 5. Teil der badischen Steuern aufbringt. Der Stadtrat hat sich im Januar dieses Jahres an das Ministerium des Innern gewandt und die besprochene Frage neu angeregt. Ich möchte nun dringend bitten, daß die Großh. Regierung diese Sache ernst behandelt, und daß Mannheim diese Schule, die einem dringenden Bedürfnis genügen soll, endlich erhält.

Es ist wiederholt von Rednern dahin resümiert worden, daß unser Handwerk insbesondere unter den dürftigen Resultaten der heutigen Volksschule leide. Das ist zweifellos richtig, und das muß auch von mir als Lehrer durchaus anerkannt werden. Gehen Sie in eine heutige Fortbildungsschule, lassen Sie sich ein paar Aufsatze geben und lesen Sie diese mit Aufmerksamkeit durch, so werden Sie finden, daß insbesondere der schriftliche Gedankenausdruck, wie ihn neben dem Kaufmann auch der Handwerker in hervorragendem Maße bei seinen Geschäftsbriefen usw. nötig hat, außerordentlich mangelhaft ist. Es wäre auch ein Wunder, wenn es anders wäre bei dem zwölfstündigen Unterricht, wie wir ihn seit Jahren haben. Nun hat man sich dadurch zu helfen gesucht, daß man gewerbliche Fortbildungsschulen an den größeren Orten eingerichtet hat, wo Gewerbeschulen nicht vorhanden sind. Ich kann bestätigen, daß diese Schulen segensreich wirken und daß sie einem wirklichen Bedürfnis genügen. Vor zwei Jahren hat nun die Großh. Regierung eine Gesetzesvorlage dahin gemacht, daß ein gewisser Zwang zur Errichtung solcher Schulen eingeführt werde. Dahin geht ja auch eine Petition der Handwerkskammern. Ich muß nun sagen, ich habe Bedenken gegen eine solche Regelung. Unser Unterrichtsgesetz, das vorliegt, wird eine höhere und stärkere Anspannung unserer Lehrkräfte nötig machen, und das bei dem Mangel an Lehrkräften, den wir jetzt haben. Es ist ja vorgesehen, daß ein Lehrer bis zu 36 Stunden für den Unterricht der Volksschule herbeigezogen werden soll. Wenn wir nun auch noch in der Erweiterung und erneuter Einführung gewerblicher Fortbildungsschulen in wünschenswertem Umfang fortschreiten wollen, so werden wir durch den Lehrermangel gehemmt sein, den wir jetzt haben und den wir in den nächsten Jahren nicht beseitigen können. Es wird Schwierigkeiten haben, neben der Erweiterung des Schulunterrichts auch die gewerbliche Fortbildungsschule und die Fortbildungsschule überhaupt in dem wünschenswerten Umfang auszubauen zu können und ich denke mit einer gewissen Besorgnis an die nächste Zukunft dieser gewerblichen Fortbildungsschulen.

Der Abg. Pfeiffle hat darauf hingewiesen, daß nicht auch die Fabrikinspektion durch ein Mitglied hier auf der Regierungsbank vertreten ist. Ich habe den Wunsch, den er damit zum Ausdruck gebracht hat, durchaus begriffen und ihn auch gebilligt. Ich möchte ihn noch dahin erweitern, daß ich sage: auch ein Schulmann sollte an Regierungstische sitzen, denn wir haben recht viele Interessen der Schule hier beim Gewerbesesen zu besprechen. Ich will nicht verkennen, daß die Großh. Regierung, was das Gewerbe und das Handwerk anbetrifft, im allgemeinen wirklich mit Lust und Liebe für deren Interessen eintritt, das zeigen uns auch die Beträge des Budgets, die im Verhältnis zu der Größe unseres Landes derartig sind, daß wir uns unter den deutschen Bundesstaaten wohl sehen lassen können.

Ein Wort möchte ich auch noch zu der Gewerbelehrerpetition sagen. Wir haben uns vor 2 Jahren mit der Vorbildungsfrage der Gewerbelehrer insbesondere in der Schulkommission befaßt. Ich will das, was damals gesagt worden ist, heute nicht wiederholen, nur eines möchte ich erwähnen: es besteht immer noch die Einrichtung, daß die Ausbildung der Gewerbelehrer auf zwei Wegen erfolgen kann. Zunächst in der Weise, daß

ein Schüler, der 6 Klassen Mittelschule hat oder eine ungefähr gleichartige Bildung, dann 3 Jahre in ein Lehrerseminar geht, und dann $3\frac{1}{2}$ Jahre die Baugewerkschule besucht; oder wenn er 7 Klassen der Mittelschule besucht hat, daß er dann die Baugewerkschule besucht und auch nach $3\frac{1}{2}$ Jahren die Gewerbelehrerprüfung machen kann. Da habe ich nun ernstliche Bedenken gegen diesen zweiten Gang, und ich weiß auch, daß nur wenige davon Gebrauch gemacht haben. Ich vermisse bei dieser letzteren Ausbildung der Gewerbelehrer die schultechnische Seite, ich vermisse, daß die Gewerbelehrer in der Pädagogik und speziell in der Methodik nicht derartig ausgebildet sind, wie man es eben von jedem, der lehren soll, erwarten muß, und ich fürchte, daß die Resultate, welche diese Lehrer im Unterricht erzielen, wesentlich zurückstehen werden hinter denjenigen, welche von den anderen erreicht werden. Es ist nun mal nicht eine selbstverständliche Sache, daß jemand das, was er weiß, oder was er mit seiner Hand zeichnerisch hinwirft, eben auch anderen lehren, es ihnen wirklich beibringen kann. Wenn man doch jetzt recht daran geht, diese Verhältnisse neu zu ordnen, so möge man diesen zweiten Gang der Ausbildung wegschaffen lassen.

Es ist von verschiedenen Herren auf den heutigen Lehrermangel, den wir bei den Gewerbelehrern zu verzeichnen haben, hingewiesen worden, und auf die vielen Ueberstunden, die den einzelnen zugewiesen werden müssen, und es ist darauf hingewiesen worden, daß die Gewerbelehrer sich von einer Besserung ihrer Verhältnisse einen größeren Zugang zu ihrem Berufe versprechen, wenn sie also in dem Gehaltstarif auf eine wesentlich bessere Position gebracht werden. Nun hat der Herr Minister gemeint, ein innerer Drang müsse dazu führen, daß man diesen Beruf ergreift, und nicht etwa das Studium des Gehaltstarifes. Das ist ein ganz schönes Wort, und man kann es auf der einen Seite ruhig zugeben; aber neben den Idealen steht die reale Wirklichkeit, und diese sagt, daß das eine wohl recht, das andere aber auch billig ist, nämlich die entsprechende Bezahlung, und ich glaube, daß es der Herr Minister auch so gemeint hat, denn er hat sich im allgemeinen sehr anerkennend über die Tätigkeit der Gewerbelehrer ausgesprochen, und er hat einen wünschenswerten Fortschritt in den Verhältnissen der Gewerbelehrer zugesagt; er hat versprochen, daß die Vorbildung gehoben werden soll, daß eine entsprechende Prüfungsordnung also demnächst erscheinen soll, die insbesondere auch die technische Seite etwas mehr berücksichtigen soll. Ich kann das durchaus nur billigen. Er ist leider nicht dafür, daß die Gewerbelehrer einen Teil ihrer Vorbildungszeit auf der Techn. Hochschule zubringen, die sie wünschen und die ich auch für sie wünschen möchte. Aber er will wenigstens die Abtheilung für Gewerbelehrer an der Baugewerkschule selbständiger stellen, und ich muß sagen, daß das auch schon eine wesentliche Besserung gegenüber dem heutigen Verhältnis herbeiführen würde, und wenn er dann seine Zusage, daß bei der Gehaltsrevision die Gewerbelehrer eine weitgehende Berücksichtigung finden sollten, auch verwirklicht, so werden wir sehen, daß auf diesem Gebiete befriedigendere Verhältnisse eintreten, und daß der wünschenswerte Zugang zu diesem Berufe auch kommen wird.

Er hat dann in Aussicht gestellt, daß Wanderlehrer für das gewerbliche Genossenschaftswesen angestellt werden sollen. Auch das kann ich nur begrüßen. Ich möchte aber hier den Wunsch beifügen, daß auch aus den Reihen der Handwerker heraus, mehr als das bis heute der Fall ist, Männer der Praxis sich dann um diese Genossenschaftsbildungen, die eben von diesen Wanderlehrern angeregt werden sollen, annehmen

und sich dann an die Spitze stellen, daß hier auf diesem Gebiete des Genossenschaftswesens, das noch sehr einer Weiterbildung bedürftig ist, der Handwerker sich nicht von unseren Landwirten möchte übertreffen lassen.

Dem Wunsch, daß Arbeiterkammern errichtet werden möchten, kann ich mich nur anschließen, und ich glaube, daß, nachdem wir die Handelskammern, die Gewerkekammern und die Landwirtschaftskammer errichtet haben, es wohl auch eine Aufgabe vielleicht des nächsten Landtags sein wird, mit der Errichtung von Arbeiterkammern vorzugehen. Ich kann, wenn die Groß-Regierung diesen Weg beschreiten wollte, ihr nur beipflichten.

Auch dem Wunsch, daß Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter entnommen werden möchten, kann ich mich nur anschließen, und ich glaube, daß auch von ihrer Seite ganz gutes und ganz jenseitiges könnte geleistet werden. Sie sind dann die Männer der Praxis, die neben den Männern der Theorie, was unsere Juristen und Volkswirtschaftler ja zunächst sind, auch an ihrem Teil sehr gutes wohl leisten würden.

Der Herr Minister hat gemeint: nicht die Häufigkeit der Untersuchungen, sondern die Gründlichkeit sei das Wichtigste bei den Besuchen der Gewerbeinspektoren. Nun kann man das im allgemeinen ja wohl zugeben. Aber die häufigen Unglücksfälle zeigen eben doch — und das hat der Herr Kollege Kräuter mit Recht hervorgehoben —, daß auch die Besuche häufiger stattfinden sollten. Und dann das, was der Herr Belzer vorhin gesagt hat, daß die Arbeiter zu einem sehr großen Teil von der Gewerbeinspektion und von dem, daß sie einmal kommt und untersucht, garnichts erfahren, daß sie die ganze Sache mehr vom Hörensagen eigentlich kennen, das ist doch eine bedenkliche Sache, die dahinführen sollte, daß das Personal der Gewerbeinspektion unbedingt verstärkt werden muß (Sehr gut!), daß man hier ein weitergehendes Entgegenkommen den Forderungen der Arbeiter wohl wird entgegenzubringen haben. Aber ich komme auch aus einem andern Grunde dazu, dem häufigeren Besuch das Wort zu reden. Ich meine, daß insbesondere häufigere und selbstverständlich unangemeldete Besuche in den gesundheitsgefährlichen Betrieben vorgenommen werden sollten. Ich denke da z. B. an chemische Fabriken und ähnliche, wo die Gesundheitsverhältnisse derartig sind, daß die Arbeiter sehr leicht den Krankheiten nach einigen Jahren schon erliegen.

Ich glaube, gerade bei solchen Betrieben müßte auch unbedingt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hingewirkt werden. Wer einmal Gelegenheit hat, am Schluß der Arbeitsstunde am Ausgangstor einer solchen Fabrik zu stehen und zu sehen, wie diese Gestalten, die da herauskommen, bleich und abgezehrt aussehen, wie sie vielfältig geradezu verfallen aussehen, der kann nur mit herzlichem Bedauern sich die Sache betrachten und kann nur dringend wünschen, daß man hier mit aller Entschiedenheit einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer möglichst günstigen hygienischen Ausgestaltung der Arbeitsstätten das Wort redet.

Der Herr Minister hat in Aussicht gestellt, daß er dahin wirken wolle, daß die Höchstarbeitszeit der Frauen von 11 Stunden auf 10 Stunden herabgemindert würde. Ich muß sagen, ich bin eigentlich erschrocken, als ich hörte, daß noch 58 Proz. unserer weiblichen Arbeiter — und wir haben ja deren Millionen im Reich — eine tägliche Arbeitsdauer von über 10 Stunden haben. Ich muß sagen, das ist wirklich eines modernen Staates nicht würdig, daß er in dem Maße die weibliche Arbeitsfähigkeit ausnützt. Es ist dann ganz natürlich kein Wunder, wenn diese Frauen frühzeitig altern und frühzeitig von Krankheiten aller Art heimgesucht sind. Und

wenn eine kranke Mutter in der Familie ist, so ist das als ein ganz besonderes Elend jederzeit mit Recht betrachtet worden. Ich möchte da nur bitten, daß der Herr Minister weiter geht; ich glaube, wenn überhaupt die Erreichung eines stündigen Arbeitstages vonnöten ist, dann ist es in allererster Linie bei der Frauenarbeit der Fall, und ich glaube, daß es auch durchaus genügen könnte, wenn diese Frauen 8 Stunden im Tag beschäftigt werden. Wenn von anderer Seite darauf hingewiesen wird, wir seien nicht konkurrenzfähig, wenn wir die Frauen nicht auch länger beschäftigen, so glaube ich, da fehlt es oftmals mehr am guten Willen.

Ich möchte aber dann noch in anderer Weise dem Schutz der Frauen das Wort reden, und zwar insbesondere, was die Zeit betrifft vor und nach einer Geburt. Ich folge damit einer Anregung, die in den letzten Tagen in einer Versammlung des demokratischen Vereins in Mannheim gegeben worden ist. Man hat dort mit Recht darauf hingewiesen, daß die Frauen einen Schutz nur genießen in den ersten sechs Wochen nach der Geburt, daß ein solcher Schutz in der Zeit vorher aber nicht existiert. Es ist nun selbstverständlich, daß, nachdem der kleine Erdenbürger angekommen ist und die Ausgaben für die Familie dadurch gewachsen sind, die Frau im allgemeinen selbst eben darauf dringen wird, möglichst rasch wieder an ihre Arbeitsstelle zu kommen, damit der Verdienst, das Einkommen der Familie, nicht geschmälert wird. Es ist das ein ganz selbstverständlicher Vorgang. Aber die Folgen der vorzeitigen Ueberanstrengung zeigen sich recht oft dadurch, daß dann schwere Frauenleiden kommen, die später ihre oft schrecklichen Folgen für die ganze Familie auf lange Jahre hinaus nach sich ziehen.

Nun hat man in volksfreundlich denkenden Kreisen schon längst die Frage der Mutterschaftsversicherung erwogen. Diese Frage ist noch in Gährung, es ist eine Klärung darüber noch nicht erfolgt. Man weiß nicht: ob man eine solche Versicherung, bei der man sich denkt, daß die Frau auch einige Wochen vor der zu erwartenden Geburt und eine länger Zeit nach der eingetretenen Geburt dann die Arbeitsstelle nicht besuchen darf, dafür aber ausreichende Unterstützung finden soll, die nicht nur für sie ausreichen kann, sondern die auch eine weitergehende Fürsorge für den Säugling dann einschließen soll, auf staatlicher oder kommunaler Grundlage etwa am besten errichten könnte. Man ist sich darüber bis jetzt noch nicht im klaren. Aber es ist doch dankenswert, wenn man sich mit dieser Frage, die mir eine außerordentlich wichtige zu sein scheint, befaßt. Ich glaube, das könnte eine Aufgabe des ärztlichen Mitgliedes unserer Fabrikinspektion werden, uns in dem jährlich ausgegebenen Berichte ein Kapitel auch über diese Frage zu bringen, Untersuchungen anzustellen und Vorschläge zu machen, wie hier vielleicht Besserung geschaffen werden könnte. Insbesondere sollte man auch darauf hinwirken, daß auch seitens unserer Fabrikanten mitgewirkt werde, daß ein weitgehender Schutz der arbeitenden Frauen in dem Zeitpunkt, wo sie Mutter werden, eintritt. Ich möchte auch die Grob. Regierung bitten, sie möchte dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse entgegenbringen und auf Besserung der Verhältnisse hinwirken.

Es ist dann insbesondere von dem Herr Kollegen Reimann gefordert worden, man möchte die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben durchaus untersagen, insoweit es sich um Kinder unter 14 Jahren handelt. Ich kann diesem Wunsch auch nur entschieden beitreten. Gerade wir Lehrer machen in der Beziehung ja unsere besonderen Erfahrungen und sehen, wie außerordentlich wünschenswert es ist, daß diese Kinder nicht zum Schaden ihrer Gesundheit und ihrer Entwicklung von gewissenlosen Eltern oder auch von anderer Seite aus-

genügt werden. Ganz besonders aber möchte ich hier der Regierung den Schutz unserer Hülfejugenden im Schwarzwalde empfehlen. Man hat mir vor längerer Zeit eine Zeitung geschickt, den Brigbachoten. Dort droben muß man ja wissen, wie es mit diesen Hülfejugenden aussieht. Man weiß in dem Artikel darauf hin, daß das Hüten allein wohl nicht so schlimm wäre und es gottlob auch noch einsichtsvolle Bauern gibt, welche die Jungen nicht so ausnützen, daß sie keine Zeit mehr hätten zur Ruhe, zum Essen oder zur Schule; aber andere gibt es leider auch, die in gewissenloser Weise die Ausnützung dieser Kinder betreiben, die anstatt eines Knechtes eine kleine Herde von Hülfejugenden halten und mit ihnen den ganzen Hof umtreiben, und es sollen ja oft die Verhältnisse so sein, daß die armen Kinder körperlich und geistig darunter leiden und daß jeder Menschenfreund ein inniges Mitleid mit ihnen haben muß; die einzige Ruhestätte für die Kinder sei die Schulbank, wo sie dann müde von der Arbeit schlafend daliegen, und da sollen sie noch den Kopf anstrengen! Ich möchte die Verhältnisse dieser armen Kinder, die ihr tägliches Brot schon in der Jugend in der Fremde verdienen müssen, der Aufmerksamkeit der Regierung besonders empfehlen. Obwohl sie nicht dem Kinderschutzgesetz unterstellt sind, könnte man die Sache in der Weise im Auge behalten, daß man alljährlich Berichte einverlangt, wie weit dieses Hülfejugendenwesen zu- oder abnimmt und insbesondere, in welcher Weise diese Jungen außer dem eigentlichen Viehhüten beschäftigt werden. Ich glaube, die Regierung könnte sich hier wirklich einen Dank verdienen, wenn sie dieser Frage etwas größere Aufmerksamkeit widmen wollte.

Abg. **Vauschbach** (tonf.): Die geehrten Herren Vorredner und der Herr Berichterstatter haben bereits die Verhältnisse im Handel und Gewerbe eingehend geschildert. Dem umfangreichen und trefflichen Bericht kann auch ich vollständig beipflichten.

Gestatten Sie nun auch mir einiges hier auszuführen, obwohl es schwer fällt, jetzt noch etwas neues über Handel und Gewerbe zu sagen.

Besonders freue ich mich darüber, daß auch vonseiten des Staates für die Wohlfahrt des Arbeiterstandes in weitestgehender Weise gesorgt wird. Ich erinnere an Kranken- und Invalidenversicherung, an die beabsichtigte Einrichtung von Arbeiterkammern u. dgl. Im Freiburger Bahnhof haben wir am letzten Samstag unter anderem auch die Wohlfahrts-Einrichtungen für das Bahnpersonal gesehen, so auch die Douche- und Wannenbad-Einrichtungen, welche nach vollbrachtem Dienst vom Bahnpersonal benutzt werden können. Ich kann Sie versichern, daß auch der reichste Bauer im Obenwald keine solch praktisch angeordnete Douche- und Wannenbadräume hat, und es ist sehr erfreulich, wenn solche und ähnliche Wohlfahrts-Einrichtungen vonseiten der Arbeiterchaft und des Bahnpersonals dankbar anerkannt werden.

Ich wurde aus Kaufmannstreifen beauftragt, Folgendes vorzubringen:

In den kaufmännischen Beruf treten oft Leute ein, welche nicht einmal die Fähigkeit gehabt haben, auf Mittelschulen das Einjährige zu erwerben. Ja meistens werden schwach begabte Volksschüler oder bis zur Quarta geschleppte Mittelschüler als gut genug für den Kaufmannsstand angesehen.

Es fehlen für unsere jungen Kaufleute vielfach die nötigen Fachschulen, besetzt mit Lehrern für Handelswissenschaft einerseits und andererseits mit tüchtig geschulten kaufmännischen Kräften zur Erteilung des Unterrichts in Buchführung, Korrespondenz, Wechsellehre, kaufmännischem Rechnen usw.

Es sollten strenge Anforderungen für die jungen Kaufleute gestellt werden in bezug auf Ablegung einer Prüfung nach 3jähriger gut bestandener Lehre als Kommiss, ferner nach Umlauf von etwa weiteren 3 Jahren nach fleißiger beruflicher Weiterbildung als Buchhalter, Geschäftsführer, Reisender usw., damit die zurzeit in Masse auf Eisenbahnen und Fuhrwerken herumziehenden halbreifen Elemente von der Bildfläche verschwinden und wieder mit entsprechender Vorbildung und Intelligenz ausgestattete junge Männer mit solidem und gebiegem Auftreten bei dem Publikum erscheinen würden.

In ähnlicher Weise sollte dies auch bei dem Gewerbe und Handwerk der Fall sein. Wer ein Geschäft nicht erlernt und den Befähigungsnachweis nicht erbracht hat, soll ein solches auch nicht betreiben dürfen. Diese Forderungen widersprechen dem Grundsatz der Gewerbefreiheit durchaus nicht. Wir haben zwar eine Gewerbeordnung, vielfach aber auch eine Gewerbeunordnung, trotzdem schon einmal daran herumgestickt wurde.

Vielfach ist es auch ein Fehler, daß mancher junge Mann sein Geschäft zu früh anfängt, noch ehe er die nötigen Kenntnisse und praktische Erfahrungen hat und in die Mannesreise eingetreten ist. Es sind mir eine Reihe Fälle bekannt, wo solche junge Leute, welche zu früh angefangen haben, schon nach ein paar Jahren Bankrott gemacht haben. In fremder Stellung hätten sie sich eine schöne Summe ersparen können.

Trotz aller Bildung und Kenntnisse ist der Kaufmann, der Handwerker, der Gewerbetreibende, der ganze gewerbliche Mittelstand in Gefahr, daß er von dem *Großkapital*, von der Großindustrie, von den Riesenwarenhäusern, von dieser Konkurrenz erdrückt wird. Es ist schwer unter den heutigen Verhältnissen, ein Geschäft zu treiben.

Auch sind die kleinen Geschäfte, die Gewerbetreibenden und Landwirte zu schwer mit Steuern und *Abgaben* belastet, von den hohen Löhnen der Dienstboten, der Gesellen nicht zu reden. Auch will ich nicht reden von den Jahr zu Jahr steigenden Versicherungsgeldern, welche samt und sonders, direkt oder indirekt auf den Arbeitgeber abgewälzt werden. Auch das leidige *Borgen* auf dem Lande ist ein großer Mißstand im Geschäftsleben und paßt nicht mehr recht in unsere schnelllebige Zeit. Hier sollte auch mehr Ordnung und Wandel geschaffen werden. Das Warenhaus borgt natürlich nicht. Um nicht mißverstanden zu werden, erkläre ich, daß ich nicht diejenigen Kunden meine, welche die übliche 2-3 monatliche Vorkauf in Anspruch nehmen oder wenigstens mit Jahreswende bezahlen. Ich meine solche Kunden, die den Kredit mißbrauchen und die glauben, man könne bezahlen, wenn die Großmutter wieder kommt. (Geiterkeit).

Das kleine Handwerk ist teilweise *vernichtet*. Wir hatten z. B. früher in Auerbach und den Nachbarorten Nagelschmiede; dieselben haben aber vor einigen Jahren ihr Geschäft aufgegeben und andere Arbeit gesucht, weil das Nagelschmiedgewerbe nicht mehr lohnte. Das Aufgeben des Geschäftes infolge Unrentabilität wird natürlich hauptsächlich in vorgerücktem Alter schwer empfunden. Dabei hat der Handwerker keine Pension zu erwarten. Die Schuhmacher sind vielfach nur noch Schlappenflücker (Geiterkeit), die neuen Schuhwaren werden fast nur noch in den großen Kaufläden gekauft.

So trifft die Großindustrie mehr oder weniger alle Gewerbetreibende. Es sind ja allerdings wieder in den letzten Jahrzehnten neue Gewerbe entstanden, z. B. die Installateure, Elektrotechniker usw.

Nicht vergessen will ich auch die kleinen und mittleren Mühlen. Von den 57 000 Getreidemühlen des deutschen Reiches sind in den letzten 20 Jahren 13 000

kleinere und mittlere Mahlmühlen eingegangen, bezw. durch die Riesen-Hafenmühlen mit kontinuierlichem Betrieb entbehrlich geworden. Es ist dies teilweise auch auf die erleichterte Einfuhr ausländischen Getreides und Mehls zurückzuführen, während das Brotgetreide nachgewiesenermaßen bei uns selbst gebaut werden könnte.

Nun wird man mir sagen: „Da ist nichts zu machen, das ist in anderen Ländern ebenso; das ist die Folge der immer mehr verbesserten Maschinen, der fortwährend emporblühenden Großindustrie“. Daran ist allerdings nichts zu ändern. Es gehören aber die großen Industrieunternehmungen weit mehr zur Steuer herangezogen und die kleinen Geschäfte mehr entlastet. Bei der Gewerbesteuer erstreben wir deshalb ganz energisch eine Progression.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Söhne der Handwerker, der Gewerbetreibenden, der Landwirte sich mehr und mehr dem niederen und höheren Beamtenstand zuneigen oder lieber in die Fabrik gehen, als ein Handwerk lernen, oder dem Bauer dienen oder selber Bauer werden. Selbst die Töchter dieses Mittelstandes, zumal wenn sie vermögend sind, streben darnach, einen Beamten oder sogenannten „Angestellten“ zu heiraten. So erhalten die „Angestellten“ auch in dieser wichtigen Lebensfrage von dem schönen Geschlecht den Vorzug vor einem Handwerker oder einem Landwirt (Geiterkeit).

Die Erfahrung lehrt aber, daß auch die Beamten, die Angestellten, mit ihrem Lose nicht zufrieden sind. Das beweisen auch die vielen Petitionen, welche an den Landtag gelangen. Ich meinerseits möchte in der weitgehendsten Weise allen Beamten, allen Angestellten einen höheren Gehalt wünschen. Man denke aber auch an die Rehrseite der Medaille, an die Steuerzahler, d. h.: Unter keinen Umständen sollte die Aufbesserung geschehen auf Kosten des gewerblichen Mittelstandes und der Landwirtschaft.

Die Herren *Abg. Kösch* und *Pfeiffle* haben davon gesprochen, daß viele Hunderte von Arbeitern auf der Landstraße sich herumtrieben, weil sie keine Arbeit hätten. Das ist nicht ganz richtig, das sind oftmals diejenigen Arbeiter, die in einer Fabrik gestreift haben und sich solange auf der Landstraße herumtrieben, bis sie ihr Ziel erreicht haben, ihre höheren Löhne. Ich kenne das sehr gut (Große Geiterkeit), ich wohne an einem Punkt, wo zwei Straßen auseinandergehen, und da habe ich Gelegenheit genug, mit diesen Leuten zusammen zu treffen. Größtenteils sind es sogenannte *Stromer* oder *Landstreicher* oder *Fechtbrüder* (Geiterkeit). Die verdienen mehr mit Fechten als mit Arbeiten. Ich habe schon manchem Arbeit angeboten, aber auch bei hohem Lohn, bei der besten Behandlung halten sie einfach nicht lange aus, drei oder vier Tage, dann gehen sie weiter, damit sie wieder eine Arbeitsbeschäftigung haben und nicht so oft angehalten und eingekerkert werden können. Ja, ich bin der festen Ueberzeugung, es sind mindestens 90 Proz. *Taugenichtse* unter diesen Landstreichern (Geiterkeit), dieselben gehören gleich den Zigeunern in einer Arbeitskolonie untergebracht.

Ich möchte mich da den Ausführungen des Herrn *Kollegen Wittum* anschließen, der gesagt hat, man müsse ruppig werden, wenn man etwas erreichen will (große Geiterkeit), ich bitte aber, ohne ruppig zu werden, die *Großh. Regierung* möge einmal diesem *Bagabundenwesen*, dem *Haus- und Straßenbettel* usw. auf den Leib gehen.

Unter anderm ist auch von dem *zehnstündigen Arbeitstag* gesprochen worden. Der Herr *Minister* hat mit Recht behauptet, daß dieser zehnstündige Arbeitstag nicht überall durchzuführen sei. Das ist nur zu wahr. Wollte man beispielsweise den *10stündigen Arbeitstag* bei

der Landwirtschaft und bei dem Kleinhandwerker einführen, so wäre das gleichbedeutend mit dem Ruin dieser Geschäfte.

Was der Herr Kollege Görlacher über die Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins ausgeführt hat, ist ganz richtig und ich kann mich dem voll und ganz anschließen. Auch ich möchte wünschen und hoffen, daß die Wasserkräfte des Oberrheins dem badischen Lande erhalten bleiben, ich möchte die Gr. Regierung dringend bitten, daß diese Wasserkräfte nicht weiter verschleudert werden. Als Müller weiß ich sehr wohl, daß Wasserkraft die billigste Elementarkraft ist. Es ist schon vor Jahren, als die Frankfurter Ausstellung war, die Wasserkraft des Neckars von Laufen bis Frankfurt zur elektrotechnischen Ausstellung geleitet und dort nutzbar gemacht worden. Ich denke, seither wird sich die Technik noch ganz bedeutend verbessert haben, und deshalb glaube ich auch, daß die Wasserkräfte des Oberrheins für das ganze badische Land ausgenützt werden könnten zur Erzeugung von Kraft und Licht, damit die Eisenbahnen, Gewerbe und Landwirtschaft Nutzen davon hätten. Ich wünsche und hoffe, daß von seiten der Regierung Kanäle und Wasserkraft nutzbar gemacht werden zum Wohl und Segen des ganzen badischen Landes (Bravo!)

Abg. Duenzler (natl.): Daß der Kleingewerbebetrieb und das Handwerk auch in unserem modernen Leben noch immer eine äußerst wichtige Stellung einnehmen, das kann unter unvoreingenommenen Beurteilern nicht im Zweifel stehen. Aber ebensowenig das andere, daß das Handwerk sich heute in einer viel schwierigeren Lage befindet als früher. Diese Schwierigkeit liegt in der Konkurrenz des Großbetriebes, der mit seinem Kapital und seinen Maschinen nun eben einmal sehr viel billiger produzieren kann, als es dem Handwerk beim besten Willen möglich ist, andererseits aber auch in der schwereren Belastung, die das Gewerbe in den verschiedenen Versicherungen und in der Verteuerung der Bedarfsartikel zu tragen hat. Trotzdem kann nicht davon geredet werden, daß das Handwerk ernstlich in seinem Bestand bedroht sei oder daß es sich auch nur in einem Niedergang befinde. Wenn hier und da Stimmen laut werden, die allgemein behaupten, der Kleinbetrieb sei dem Untergang geweiht, so sind das Stimmen von falschen Propheten. Der eine Zweig des Gewerbes geht nieder, andere bilden sich neu und blühen empor. Wie es immer einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb neben dem Großbetrieb geben wird, so ist es auch bei dem Gewerbe der Fall, und hier schon darum, weil eben das Kleingewerbe allein in der Lage ist, sich den Bedürfnissen des Einzelnen gegebenen Falles anzupassen und weil es Zweige großkapitalistischer Produktion giebt, die allein aus den Bedürfnissen des anlagestuchenden Kapitals hervorgewachsen sind.

Wenn ich mich nicht täusche, so zeigt sich gerade in der neuesten Zeit im Handwerk auf den verschiedensten Seiten ein neues, frisches, reges Leben und es ist das eine äußerst erfreuliche Erscheinung. Wenn wir hier in diesem hohen Hause diese Frage besprechen, so kann das ja vernünftigerweise auch nur diesem einen Zweck dienen: daß wir unsererseits auch mit dazu beitragen wollen, daß das Handwerk der Zukunft mehr als es beim jetzigen der Fall ist, einem Zustand der Blüte entgegengesührt wird. Es sind viele Mittel, falsche und richtige, dazu in Vorschlag gebracht worden. Ein falsches scheint es mir zu sein, wenn man meint, alles Heil für das Handwerk finden zu können in der Einführung des Befähigungsnachweises. Denn, das ist ein zweischneidige Waffe, durch die das Handwerk vielleicht mehr geschädigt als gefördert wird. Aber diejenigen Mittel, die nach meiner Meinung vor allem zur Hebung des Handwerks beitragen können und werden, sie scheinen

mir zu liegen einmal in der Organisation und zweitens in der Ausbildung, der gründlichen Ausbildung der jungen Gewerbetreibenden.

Der gewerbliche Unterricht, wie er dargeboten wird, darf sich aber nicht bloß nach der Seite der technischen Fertigkeiten, auch nicht bloß nach der Seite der kaufmännischen Gründlichkeit und Umsicht hinbewegen, sondern er muß sich auch hinbewegen nach der Seite der univiersell geistigen Ausbildung. Man hat einmal gesagt: die Handwerkerfrage sei eine Bildungsfrage, und es ist in der Tat so. Der Handwerker muß kalkulieren können; die Solidität seiner Arbeit ist ja allerdings das erste und wichtigste, worauf er selbst bedacht sein muß. Aber wenn er voran kommen soll, dann muß er den Trieb und die Fähigkeit zu selbständiger schöpferischer Arbeit besitzen. Darum kommt es vor allem schon in der Volksschule und darnach in der Gewerbeschule darauf an, diese selbständige Denkfähigkeit auszubilden und auf sie einzuwirken: der Keim schöpferischer Kraft, wie er in einem jeden heranwachsenden Menschenkinde liegt, er muß zur Ausbildung gebracht werden. Die Aneignung einer gewissen Summe von Kenntnissen kann erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Je weniger ein Mensch durch überflüssigen Gedächtnisballast in seinem geistigen Leben geschädigt ist, je mehr aller Nachdruck auf die Ausbildung der Beobachtungs- und Urteilskraft gelegt worden ist, umso mehr wird er auch im Stande sein, praktisch Tüchtiges zu leisten.

Nur von diesem Gesichtspunkt aus, läßt sich begreifen, daß ein Mann, wie Alexander von Humboldt einmal die Worte gesagt hat: „ich bin 18 Jahre alt geworden, ohne eigentlich etwas Rechtes gelernt zu haben; aber wenn ich unserer modernen Schulbildung, unserem modernen Schulbetrieb in die Hände gefallen wäre, wäre ich an Leib und Seele zu Grunde gegangen“ (Zurufe von sozialdemokrat. Seite: Hört! Hört!).

Auf der Grundlage einer solchen geistigen Ausbildung dürfen wir auf rasche Fortschritte auf dem Gebiete des Gewerbes und der Industrie hoffen. Wir haben ja von berufenster Seite gehört, daß wir in bezug auf das gewerbliche Fortbildungsschulwesen an der Spitze der Völker marschieren, und das ist ja eine sehr erfreuliche Mitteilung. Allein deswegen wollen wir nicht aufhören weiterzuschreiten, denn Grund genug ist dazu immer noch vorhanden. Wir wollen zur Hebung gerade des Gewerbelehrerstandes, der ein außerordentlich wichtiger Stand ist, noch Alles tun, was wir nur tun können. Ich habe mit Freude von dem Herrn Minister vernommen, daß die berechtigten Wünsche dieses Standes auch bei der Revision des Gehaltstarifes in Betracht gezogen werden sollen. Es kann ja nicht gelehnet werden, daß, wenn diese Gewerbelehrer mit ihrer viel weitergehenden Ausbildung heute in ihrem Einkommen vielfach hinter den Mannheimer Volksschullehrern zurückstehen, daß das nicht zur Ueberwindung des großen Mangels an Gewerbelehrern beitragen kann.

Neben der Ausbildung unserer jungen Handwerker spielt nun aber die größte und wichtigste Rolle die Organisation. Wohin wir blicken, allüberall machen wir die gleiche Wahrnehmung: wir leben in einer Zeit des Zusammenstufes und der Organisation. Von großer Wichtigkeit ist auch hier, auf diesem Gebiete, die Bildung von Genossenschaften; Kreditgenossenschaften allein tun es nicht, wir brauchen auch solche zum gemeinsamen Einkauf von Rohstoffen und zum gemeinsamen motorischen Betrieb. Die Gewerbetreibenden müssen sich eben mehr und mehr frei machen von jenem engherzigen und kleinlichen Konkurrenzneide, wie er leider noch häufig

bei ihnen zu finden ist; sie müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, daß nur im Zusammenschlusse und im Zusammenwirken ihre Kraft erstarkt. Die Regierung möge wie bisher ihnen ratend und helfend zur Seite stehen, zumal in den mittleren und kleineren Städten, wie z. B. in meinem Bezirk: Eberbach, Schönau, Neckargemünd, und ich bin überzeugt, daß bald dieser Rat und diese Hilfe nicht mehr notwendig sein wird.

Ueber Gesellenprüfungen und Meisterprüfungen, über die Vergünstigungen, die Jenen zuteil werden sollen, die den Meistertitel führen, will ich nicht mehr sprechen, da diese Sache behandelt ist. Aber eines möchte ich denn doch hier hervorheben, wenn auch nur in aller Kürze. Ich meine, es würde schon viel zur Hebung der Lust und Liebe zum Handwerk dienen, wenn schon den Lehrlingen Prämien für wirklich gute Arbeiten, die von ihnen zur Ausstellung gebracht werden, ausgesetzt würden; und wenn früher Stipendien ausgesetzt worden sind, um zum Studium in den gelehrten Fächern anzuregen, dann brauchen wir solche Stipendien heute nicht mehr — wir brauchen heute viel mehr ein Abschreckungsmittel (Heiterkeit). Aber Stipendien wären sehr am Platze für tüchtige, junge, strebsame Handwerker.

Und nun noch ein letztes kurzes Wort über eine spezielle Angelegenheit, die das Spediteur- und Transportgeschäft betrifft: eine Angelegenheit, die in dem Wochenblatte der Zentralstelle des deutschen Möbeltransports (das in Berlin erscheint) seit vielen Monaten erörtert worden ist. Es handelt sich darum, ob diese Geschäfte zur Beleihung von Waren, Möbeln, Reiseeffekten und andern eine Konzession brauchen oder nicht. Die Bezirksämter von Heidelberg und Mannheim fordern eine Konzession, während in den meisten deutschen Städten eine solche nicht verlangt wird. § 34 der Gewerbeordnung sagt, wer das Geschäft eines Pfandleihers betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis — und die vorhin genannten Bezirksämter stehen eben auf dem Standpunkt, daß diejenigen Spediture, welche gewerbsmäßig die Beleihung von Gebrauchsgegenständen betreiben, sich den Bestimmungen, die für Pfandleiher gelten, zu unterwerfen haben.

Nun, mag dem sein wie ihm wolle — in dem Einen scheint mir die Firma, die mir diese Sache unterbreitet hat, im vollsten Recht zu sein: wenn sie die gleichmäßige Regelung dieser Angelegenheit im Deutschen Reich wünscht, und ich benötige diese Gelegenheit, um an die Großh. Regierung die Bitte zu richten: sie möge sich zur Herbeiführung einer solchen gleichmäßigen Regelung im Deutschen Reich bemühen.

Abg. Gierich (kons.): Die trefflichen Worte, die die Herren Kollegen Görlacher und Rebnann zum Handwerk und über das Handwerkerbildungsweisen gesprochen haben, geben wir Veranlassung, einer mir von anderer Seite gewordenen Anregung folgend, ebenfalls an der Debatte teilzunehmen.

Die Entwicklung der Großindustrie und des modernen Verkehrs hat nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch das gesamte Kleingewerbe unter den Wagen gebracht. Immer mehr nimmt die Zahl der selbständigen mittleren Existenzen, welche doch die Grundlage eines gesunden Staatswesens bilden, ab. Es ist aber nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren da und dort sich wieder Ansätze zu neuem Leben und Gedeihen zeigen. Diese müssen gepflegt und gefördert werden. Wie es aber im einzelnen mit dem Handwerk steht, darüber sich zu verlässigen, fehlt es an den erforderlichen zuverlässigen Grundlagen. Zwar ist mir wohl bekannt, daß vor wenigen Jahren der Verein für Sozialpolitische Erhebungen über das Handwerk veranstaltete, die auch Baden mit einbezogen; allein es handelte sich dabei doch nur um

zufällige Stichproben. Es wäre nun sehr erwünscht, wenn die Großh. Regierung feststellen ließe, welches die heutige Lage des Handwerks ist. Hierbei würde es sich um eine Wiederholung der im Jahr 1885 von der Regierung veranstalteten Erhebungen über die Lage des Handwerks handeln. In der landesherrlichen Verordnung vom 28. April 1905, die Förderung des Handwerks und das gewerbliche Unterrichtsweisen betr., ist es ja ausdrücklich als eine Aufgabe des neugegründeten Landesgewerbeamtes bezeichnet (§ 5), die Lage des Handwerks fortgesetzt zu beobachten und also auch die erforderlichen Erhebungen darüber zu machen. Ich halte eine solche Erhebung auch aus dem Grunde für notwendig, weil uns in den Handwerkskammerberichten, die ja auch regelmäßig Darstellungen über die wirtschaftliche Lage des Handwerks zu bringen pflegen, oft sehr die zufällige persönliche Auffassung des jeweiligen Berichterstatters entgegentritt. Die aus solchen persönlichen Urteilen über die Lage des Handwerks hervorgegangene weiterverarbeitete Anschauung über die Notlage des gesamten Handwerks hat auch zur Folge gehabt, daß sich strebsame Elemente dem Handwerkerberufe fern gehalten haben und noch halten. Wenn eine solche Erhebung nun zeigen würde, daß es noch immer Handwerksarten gibt, welche ein Emporkommen ermöglichen, so wird der Strom unserer Jugend auch wieder mehr dem Handwerk sich zuwenden, statt wie bisher die Zahl der mißvergnügten Bureauarbeiter zu stellen oder die Zahl der vagierenden Kaufleute zu vermehren. Eine solche Erhebung könnte dem Handwerk die besten Dienste leisten.

Soll aber der Zugang zum Handwerk erleichtert und erweitert werden, so ist auch dafür Sorge zu tragen, daß den Beteiligten ein zuverlässiger Führer darüber, wie sie am besten ihren Weg einschlagen können, zur Verfügung gestellt wird.

Die Regierung hat, was stets anerkannt wurde, und worin sie vielfach ja bahnbrechend vorgegangen ist, viele Einrichtungen zur Förderung des Handwerks getroffen. Allein sie sind so zersplittert, daß es schon einer besonderen Kenntnis bedarf, um sich darin zurecht zu finden. Es wäre daher eine verdienstvolle Arbeit für das Landesgewerbeamt, einmal erschöpfend und in leicht faßlicher gemeinverständlicher Weise zur Darstellung zu bringen, was auf diesen Gebiete von Seiten des Staates, der Gemeinden, Vereine, Stiftungen, Kreise usw. getan wird. Soviel ich weiß, hat die württ. Regierung bereits eine derartige Zusammenstellung herausgegeben. Ein solcher Führer könnte dann auch zu ermäßigtem Preise den aus der Schule entlassenen Knaben, die in eine Lehre treten oder deren Eltern empfohlen, oder vielleicht von Vereinen, Innungen zc. zc. unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. So gut man für Gemäldegalerien, Ausstellungen zc. zc. Kataloge herausgibt, so zweckmäßig wäre auch für die bunt gestalteten Einrichtungen zur Förderung des Handwerks ein solcher Führer. Hierzu möchte ich mit diesen Ausführungen die Anregung gegeben haben, und ich glaube, es würde in Handwerkerkreisen gut aufgenommen werden, wenn die Großh. Regierung der Sache näher treten wollte.

Der Herr Abg. Pfeifle habe in letzter Sitzung gleich wie auch sein Fraktionskollege Kösch vorher schon bemängelt, daß die Berichterstattung über den Titel Gewerbeaufsicht dem Abg. Neuhaus und nicht einem sozialb. Vertreter übertragen wurde. (Abg. Kösch: Herrn Neuhaus als Fabrikanten, nicht wegen seiner Person!) Ich glaube aber, das Hohe Haus wird froh sein, daß es so war, denn nach allgemeiner Ansicht ist uns durch den Herrn Abg. Neuhaus ein von sozialem Verständnis durchdrungener höchst objektiver Bericht erstattet worden, was wohl nach den vorgestrichenen

Leistungen des Herrn Pfeiffle zu urteilen nicht der Fall gewesen wäre, wenn z. B. die Verichterstattung in seinen eigenen Händen gelegen hätte.

Was nun die einzelnen Behauptungen des Herrn Pfeiffle betrifft, so wird ihm ja wohl von dem Herrn Abg. Neuhaus Antwort werden. Ich möchte mich nur gegen das, was er über Altersversorgung, Wohlfahrts-einrichtungen und Schiedsgerichte sagte, wenden. Wir haben in Ettlingen eine Anzahl Betriebe, in denen Arbeiter seit 30, 40 und 50 Jahren beschäftigt sind und noch weiter beschäftigt werden, obwohl naturgemäß die Leistungen dem gezahlten Lohn nicht mehr entsprechen. Eine Anzahl anderer Arbeiter genießt Alters- oder Invalidenrenten und noch dazu Pensionen aus der Fabrikpensionskasse in Höhe von 300—400 M. jährlich. Es ist also nicht so — und dem muß ganz energisch widersprochen werden —, daß der Arbeiter, wenn seine Leistungsfähigkeit sich vermindert, auf die Straße geworfen wird. Wo dies vorkommen sollte, ist der Arbeiter jedenfalls meist selbst nicht schuldlos daran, z. B. wenn er in den Jahren körperlicher Frische versäumt hat, sich dauernde Beschäftigung zu sichern, sondern mehr die Abwechslung bevorzugte; dafür kann aber die Arbeitgebererschaft nicht verantwortlich gemacht werden.

In einem größeren Betriebe besteht auch die Einrichtung von Arbeiterwohnungen. So viel ich weiß, fühlen sich dabei die Arbeiter in ihrer Unabhängigkeit nicht im geringsten beengt, sie behalten ihre Wohnung so lange ihnen das möglich ist, und wenn einmal eine Wohnung frei wird, sind immer mehrere Bewerber dafür da, sodaß der Fabrikleitung aus Arbeiterkreisen schon nahegelegt wurde, noch weitere Wohnungen zu erstellen. Freilich, der Sozialdemokratie laufen diese Leute nicht nach, und das ist wohl auch der Grund, warum diese Herren mit derartigen Wohlfahrts-einrichtungen sich nicht befreunden können. Es ist auch unrichtig, daß diese Häuser eine gute Kapitalanlage sind; soviel mir mitgeteilt wird, ist die Rente nicht ganz 3 1/2 Proz., dabei Grund und Boden nicht gerechnet.

Auch eine Volksküche hat die Fabrik, worin 100 Gramm Fleisch und 1 Liter Suppe zu 15 Pf. abgegeben werden, wobei die Fabrik 1 1/2 bis 2 Pf. zulegt.

Der Herr Abg. Pfeiffle hat dann auch davon gesprochen, daß die bei den Schiedsgerichten Hilfe suchenden Arbeiter mehr als Angeklagte denn als Rechtsuchende behandelt würden, und hat dann einen Fall erzählt, in dem ein Invalide zu Unrecht als Simulant behandelt worden sei. — Das letztere kann gegenüber den vielen Fällen, in denen Simulation tatsächlich vorkommt, ja möglich sein, aber wahrscheinlich liegt der Fall eben doch anders, als es dem Herrn Kollegen vorgetragen wurde. (Abg. Pfeiffle: Ich habe die Akten gelesen.) In meiner nun vieljährigen Tätigkeit in der sozialen Gesetzgebung ist mir so mancherlei vorgekommen, was mich manchmal etwas skeptisch denken läßt. Speziell beim Schiedsgericht habe ich aber noch nie bemerkt, daß Rechtsuchende mit Voreingenommenheit oder unhöflich behandelt worden seien; ich muß vielmehr anerkennen, daß die sämtlichen Herren, unter deren Vorsitz ich mitzuwirken hatte, jeweils mit eingehendster Gründlichkeit und Langmut die Verhandlungen leiteten. Wenn es anders wäre, wäre aus den Kreisen der Arbeiterbeisitzer dies wohl auch schon bekannt geworden.

Ein ähnlicher Fall, wie ihn Herr Pfeiffle schilderte, habe ich übrigens auch erlebt. Damals stand das Gesuch eines Arbeiters um Erhöhung der Invalidenrente auf der Tagesordnung. Beim Aufruf kam der Betreffende an einem oder zwei Stößen gehend zur Tür herein, oder vielmehr er fiel herein, da er angeblich infolge eines Rückenmarkleidens beim Aufmachen der

Türe das Gleichgewicht verlor. Er erfuhr bei der Verhandlung von dem Gerichtshof die größte Teilnahme und man bedauerte, seinem Gesuch nicht entsprechen zu können, da gesetzlich eine Invalidenrente sich eben nicht erhöhen lasse. Der Gesuchsteller war ein noch junger Mann, etwa Mitte der Zwanziger, der, wie er sagte, mit seiner karglichen Rente noch eine alte Mutter zu ernähren habe; es falle ihm das schwer, in seinen gesunden Tagen bei einem Wochenlohn von ca. M. 25—30 sei es leichter gewesen. Nachher traf ich einen Mitbürger des Betreffenden, dem ich von dem bedauernden Vorgang sprach. Der Mann lachte und seine erste Frage war, „ist er auch wieder zur Türe hereingefallen“ (Weiterkeit). Ich mußte nun hören, daß der Invalide freilich ein Rückenmarkleiden habe, daß er aber ohne Stod doch gehen könne, aber das Türhereinfallen als Spezialität bei Vernehmungen betriebe (Zuruf von den Sozialdemokraten: Was soll das beweisen?). Im übrigen sei er ein schlechter Haushalter der trotz seines sehr guten Verdienstes, den er in gesunden Tagen gehabt habe, doch seiner alten Mutter keinerlei Unterstützung habe zukommen lassen, so daß sie damals schon genötigt gewesen sei, Gemeindeunterstützung in Anspruch zu nehmen. Ähnliche Erfahrungen hat vielleicht der Herr Vorsitzende des Mannheimer Schiedsgerichts auch schon gemacht und deshalb wird er die Bewegungen jenes Invaliden, von dem Herr Pfeiffle sprach, nicht gleich richtig verstanden haben.

Die Nutzenanwendung aus dem Gesagten mögen sich die Herren Sozialdemokraten selbst ziehen. Sie können aus dem eingangs Gesagten sehen, daß es doch auch humane Arbeitgeber gibt und wahrscheinlich nicht wenige, und wenn einmal ein nicht zu billigender Fall vorkommt, sollte man nicht gleich die ganze Arbeitgebererschaft als Ausbeuter, Raubvögel und was Es sonst noch für schmeichelhafte Benennungen auf Lager haben, bezeichnen. Also Gerechtigkeit für Alle, auch für die Arbeitgeber! (Bravo.)

Geh. Regierungsrat Dr. Cron: Es ist von verschiedenen Rednern in den letzten Debatten speziell das Lehrlingswesen berührt worden, und ich möchte deshalb über diesen Punkt einige Worte dem Hohen Hause vortragen.

Es ist zunächst von dem Herrn Abg. Krüner davon gesprochen worden, es würde sich vielleicht empfehlen, daß man staatliche Lehrwerkstätten in den großen Städten einrichtet, bzw. den Städten die Mittel zur Verfügung stellt, um derartige Anstalten ihrerseits einzurichten. Es wird Ihnen vielleicht bekannt sein, daß in früherer Zeit derartige Lehrwerkstätten in Baden bereits bestanden haben. Sie haben den Nachteil gehabt, der nicht bloß bei uns, sondern auch sonst, wo sie eingerichtet worden sind, in die Erscheinung trat, daß derartige Lehrwerkstätten eigentlich ein brauchbares Material für den Handwerkerstand aus dem Grunde nicht hervorbrachten, weil auf rasches Arbeiten, auf die im praktischen Werkstattbetrieb unentbehrliche Gewandtheit der Lehrlinge in derlei Anstalten zu wenig geachtet wurde. Es wurde, wie man zu sagen pflegt, vorwiegend geübt, und die Leute, die daraus hervorgingen, waren zwar unter Umständen in mancher Beziehung ganz geschickt, sie waren aber doch eigentlich für den praktischen Dienst draußen im Handwerk nicht so recht vorbereitet.

Man ist deshalb bei uns schon vor einer Reihe von Jahren dazu übergegangen — und ich freue mich, daß speziell der Name des Herrn Regierungsrats Mattenklott in Verbindung damit genannt worden ist: denn ihm gebührt auf diesem Gebiete wirklich das Hauptverdienst, er hat darin in Deutschland vorbildliche Einrichtungen

geschaffen —, die Lehrwerkstätten durch sog. Lehrlingswerkstätten zu ersetzen. Der Grundgedanke, der uns dabei geleitet hat, ist der, daß es dem jungen Mann sowohl nach Ausbildung, als nach Erziehung bloß von dem größten Nutzen sein kann, wenn er bei einem tüchtigen praktischen Handwerksmeister arbeitet, und wenn er zu diesem Meister dadurch, daß er bei ihm wohnt, daß er seinen Tisch teilt, daß er überhaupt ständig seiner Aufsicht untersteht, in enge Beziehungen tritt. Es sind denn auch in der Tat damit gute Erfahrungen gemacht worden, wenn auch in der letzten Zeit vielleicht einige Erscheinungen hervorgetreten sind, die Veranlassung geben werden, mit diesem Gebiete sich etwas näher zu befassen. Es ist nämlich, und das ist auch aus der Rede des Herrn Abg. Grlacher hervorgegangen, in weiteren Kreisen der Handwerker die Meinung verbreitet, es würden derlei Lehrlingswerkstätten aus dem Grunde in erster Reihe unterstützt, um armen jungen Leuten, die sonst die Mittel nicht aufbringen können, bei einem Meister in die Lehre zu treten, eben diese Berufsausbildung zu ermöglichen. Das ist ja nun freilich eine ganz vorteilhafte Seite der Sache, wenn zugleich auch armen, jungen Leuten, die es vielleicht sonst nicht so leicht hätten, eine gute Lehre zu gewinnen, eine solche durch Staatsbeihilfe ermöglicht wird. Aber immerhin tritt dieser Charakter der Armenunterstützung, wenn ich so sagen kann, eigentlich doch davor in den Hintergrund, daß es uns in erster Reihe darauf ankommt, tüchtige und nach Anlage und Fähigkeiten Aussicht für spätere Entwicklung bietende junge Leute heranzubilden, damit der Handwerkerstand im allgemeinen dadurch gehoben werden kann. Wir haben uns immer bemüht, tüchtige Handwerksmeister zu finden, die derartige Lehrlingswerkstätten übernehmen, und das ist auch geglückt: es ist die Zahl derselben ständig im Wachsen begriffen, und es sind eine große Reihe ganz zuverlässiger, tüchtiger und gewissenhafter Meister, die derlei Lehrlingswerkstätten übernommen haben. Aber nach meiner Ansicht hat man vielleicht notwendig, in der nächsten Zeit doch auch etwas mehr auf die Qualität derjenigen jungen Leute zu sehen, die in den Lehrlingswerkstätten untergebracht werden sollten. Ich habe doch die Erfahrung machen müssen, daß da unter anderem auch im Wege der Armenfürsorge Leute hingekommen sind, die ganz schlechte Schulzeugnisse gehabt hatten und die körperlich oder geistig überhaupt nicht die nötige Fähigkeit besaßen, später tüchtige Handwerker zu werden, Leute, die mit schweren körperlichen Fehlern und Gebrechen behaftet waren usw. Ich glaube, man sollte darauf achten, daß in Zukunft dieses Material etwas besser gesichtet wird.

Nun hat außerdem der Herr Abg. Quenzer davon gesprochen, es würde sich empfehlen, daß man für Lehrlinge auch Preise einführe, daß man Prämien für solche aussetze, die sich besonders gut qualifizieren. Es steht bei uns bereits seit einer langen Reihe von Jahren die Einrichtung, daß alljährlich Ausstellungen von Gesellenstücken und Lehrlingsarbeiten abgehalten werden. Diese Ausstellung fand früher zentralisiert hier in Markstraße statt. Mit Einrichtung der Handwerkskammern aber sind die Ausstellungen in die einzelnen Handwerkskammerbezirke verlegt worden, und es findet jetzt alljährlich in jedem der vier Kammerbezirke eine derartige Ausstellung statt, die in zunehmendem Maße von den Gesellen und den Lehrlingen besucht wird. Es ist auch gar nicht zu verkennen, daß die Leistungen der Ausstellungen im Laufe der letzten Jahre zunehmend besser geworden sind, wenn wir auch von der Höhe der Leistungen, auf welche die heranwachsende gewerbliche Jugend stehen konnte und sollte, noch weit entfernt sind. Es werden für die Gesellen, die ihre Gesellenstücke da ausstellen,

Preise gegeben im Werte von 20 und 10 M., außerdem Diplome, und es ist dabei zu erwähnen, daß die Grenze der Prämierungswürdigkeit in der letzten Zeit langsam in die Höhe gerückt worden ist, so daß mancher, der früher einen Wertpreis bekommen hätte, jetzt eines solchen nicht mehr teilhaftig wird, sondern sich mit einem Diplom begnügen muß, oder überhaupt leer ausgeht. Es sind dann aber auch für Lehrlinge ebenfalls Wertpreise ausgesetzt, die allerdings so hoch nicht genommen werden, wie für die Gesellen. Es werden für die Lehrlinge Preise im Werte von 5 M. gegeben, außerdem Diplome, und es wird bei den Lehrlingsprämien ein verhältnismäßig strenger Maßstab angelegt und bescheidenere Preise gegeben, weil man in den jungen Leuten nicht die Meinung erwecken will, als wären sie nun schon vollkommen und ausgezeichnet. Leider ist die Beteiligung der Lehrlinge, soweit sie nicht zur Ausstellung verpflichtet sind, wie die Lehrlinge der Lehrlingswerkstätten, im Gegensatz zu der der Gesellen noch verhältnismäßig gering, und es wäre sehr wünschenswert, wenn die Meister ihre Lehrlinge etwas mehr dazu anhielten. Sie unterlassen das vielfach aus Gründen, die nicht ganz in Ordnung sind. Mancher hat selbst ein schlechtes Gewissen, was die Ausbildung seines Jungen angeht, und häufig genug erfährt man auch, daß die Meister den jungen Leuten nicht einmal die Gelegenheit geben, ein Ausstellungsstück anzufertigen, ihnen dazu das Material in schlechter Beschaffenheit liefern usw. Durch die Beteiligung an der Ausstellung wird zweifellos in manchem jungen Mann die Freude und der Trieb zum Handwerk in erfreulicher Weise geweckt.

Für Förderung der Gewerbe auf diesem Gebiete speziell für Preise für Lehrlingsarbeiten sind 1904 12 814 Mark, 1905 12 554 Mark, insgesamt also in der letzten Budgetperiode 25 368 Mark ausgegeben worden. Es macht also diese Summe einen ganz bedeutenden Teil der Position aus, die für allgemeine Förderung des Gewerbes in dem Staatsvoranschlag enthalten ist.

Ueber die Lage des Handwerks im allgemeinen mich zu verbreitern, besteht wohl kein Grund. Es ist das ja in eingehender Weise geschehen. Es sind in früheren Jahren wie Ihnen bekannt ist, Erhebungen über die Lage des Handwerks gemacht worden. Es wird die nächste Gewerbezahlung wahrscheinlich Veranlassung geben, diesem Punkt wieder näher zu treten.

Ich möchte nur noch auf einen Punkt kommen, der vorhin auch von dem Herrn Abg. Gierich erwähnt worden ist; er hat den Wunsch ausgesprochen, es möchte eine Zusammenstellung der Vorschriften, die für das Gewerbe wichtig sind, angefertigt und den jungen Leuten vor der Berufswahl eingehändigt werden. Sie haben gehört, daß zurzeit Beratungen darüber stattfinden, die allerdings zum Abschluß noch nicht gediehen sind, in welcher Weise man insbesondere auch auf dem Lande eine Lehrlingsstellenvermittlung einrichten bzw. wo sie besteht, sie wirksamer gestalten könnte. Es ist beabsichtigt bei dieser Vermittlung, die im wesentlichen durch die Arbeitsnachweisanstalten wird geleitet werden, den jungen Leuten auch einen Leitfaden für die verschiedenen Handwerke zu dem Zeitpunkt in die Hand zu geben, in welchem sie von der Schule abgehen, und sie in ihrer Absicht, sich dem Handwerkerstand zu widmen, zu stützen und anzuleiten. Eine derartige Ausarbeitung ist in anderen Staaten bereits geschehen oder dem Abschluß nahe, beispielsweise in Bayern. Es ist auch für Baden projektiert, einen derartigen kurzen Leitfaden zu verfassen, um ihn den jungen Leuten und den Eltern in die Hand zu geben, damit sie einen sichereren Blick bekommen, was für sie am geeignetsten ist.

Ich komme zum Schluß, und möchte nicht ermangeln, dem Hohen Hause noch meinen herzlichen, speziellen Dank auszusprechen für das große Entgegenkommen, das auf dem Gebiete der Förderung des Handwerks hier in die Erscheinung getreten ist. Dem Handwerk wirksam aufzuhelfen, ist eine schwere Aufgabe. Das wird auch mir, der ich in diesem Amte noch nicht lange tätig bin, täglich klarer. Ich glaube aber, wenn das Hohe Haus dem Gewerbe gegenüber dasselbe Wohlwollen bewahrt, welches in dieser Session zutage tritt, wenn der Handwerkerstand selber davon sich überzeugt, daß aus ihm heraus die Hauptwiedergeburt erfolgen muß, und wenn die guten Absichten, die das Landesgewerbeamt hegt, zur Erfüllung gebracht werden können, so hoffe ich, daß es gelingen wird, dem Handwerk in Baden, soweit es möglich ist, Förderung und Hilfe angebeihen zu lassen (Beifall).

Hierauf wird abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Hrig (Dem.): Ich habe vorhin behauptet, daß am Regierungstisch sich kein Schulmann befinde. Das

war ein Irrtum von mir und ich nehme daher zurück, was ich in dieser Hinsicht gesagt habe. Indem ich hiermit offen „meine Sünde bekenne und bereue und Besserung gelobe“, glaube ich, Herr Regierungsrat Maier wird mir verzeihen, daß ich hinter dem „Regierungsrat“ einen Juristen und keinen Schulmann vermutet habe. (Weiterkeit).

Schluß der Sitzung 1/41 Uhr.

* Karlsruhe, 19. Mai. 79. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 21. Mai 1906, nachmittags 1/25 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung über die geschäftliche Behandlung des Antrags der Abgg. Kolb und Genossen, die Fahrkartensteuer betreffend. — Drucksache Nr. 65 —.
2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Obkircher und Genossen, das Submissionswesen betreffend. — Drucksache Nr. 50 —.